

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark, Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Retraumpreis: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Bezugspreis: Einzelnummer 200 Mt., 1000.— Mt. pro Woche, Durch die Post Einzelnummer 200 Mt., 8000.— Mt. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prob.-Genossenschaft. — Redaktionsprechstunde: 5—8 Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837.

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 91.

Donnerstag, den 19. April 1923.

5. Jahrgang.

Ein Kontrollauschub deutet eine Krienschiebung auf.

Bei der Krienschiebung, die in der gestrigen von uns abgedruckten Rede des Genossen Stroeder erwähnt wird, liegt folgende Meldung vor:

Eine Krienschiebung der städtischen Behörde in Gennep deutet der Kontrollauschub auf. Die Stadtgemeinde Gennep hatte aus der Ruhrhilfe eine Anzahl Waggons Kartoffeln zur unentgeltlichen Verteilung bekommen. Von diesen Kartoffeln brachten sie einen Teil ohne Entgelt zur Verteilung an die Ortsarmen, die pro Kopf ein bis zwei Zentner erhielten. Der andere Teil, 5 Waggons, wurde nicht unentgeltlich verteilt. Diese Kartoffeln wurden mit 4000 Mt. pro Zentner an die Bevölkerung abgeliefert. Die Stadtgemeinde hat zugegeben, daß sie die Kartoffeln unrechtmäßig gegen Geld abgegeben hat, weil sie ein schon lange zurückliegendes Recht bedien wollte. Dieses betrügerische Verhalten der Stadtgemeinde Gennep wird wahrheitsgemäß bei Verteilung der Ruhrhilfe häufig nachgeahmt werden, nur daß man die Schieber und Betrüger nicht immer erwischt. Die proletarischen Kontrollauschüsse müssen verstärkt darauf hinwirken, daß derartige Machenschaften Schiebern und Wucher auf Kosten der arbeitenden Schichten unmöglich gemacht werden. Kontrollauschüsse überall ans Werk!

Von der preussischen Schulreaktion.

Die Beratung jedes einzelnen Kapitels des Etats für das Kultusministerium im Hauptauschub des preussischen Landtages zeigte neue Seiten des festen Blodes der preussischen Schulreaktion. Bei der Besprechung des Etats der geistlichen Verwaltung stellte sich heraus, daß die Geistlichen neben dem im ordentlichen Etat eingestellten Pfaffen auch im vorjährigen bereits 18 Millionen Mark an Gehältern erhalten haben. Die SPD. nimmt das:

Dem Kultusminister sprach Genosse Allan über unsere grundsätzliche Haltung zur Frage der Beschränkung und der kollegialen Schulleitung, zeigte die Gefahren, denen die Volksschule durch die Politik des Ministeriums ausgesetzt ist. Genosse Schöler legte an zahlreichen Einzelfällen dar, wie laienrechtliche Lehrer vom Ministerium behandelt werden, schilderte den bereits viele Jahre andauernden Schulskandal in Mönchswinkel bei Berlin, wo ein notorischer Linder als Lehrer in der Dorfschule angestellt ist. Alle Bemühungen beim Ministerium, den Mann zu beseitigen, blieben erfolglos, da er ein Reaktionsist ist und sich deswegen höchsten Schutzes erfreut.

Dem Etat der höheren Schulen brüstete sich der Minister mit den Reformen, die er durchgeführt habe. Tatsächlich besteht jetzt eine mannigfaltige Auswahl von höheren Schultypen, die den verschiedensten Begabungen der Kinder besterender Klassen gerecht werden.

Genosse Schöler bemerkte, daß die höheren Schulen heute die Brutstätten des Faschismus sind. Von den Deutschnationalen wurde bei diesem Kapitel eine besondere Hege gegen kommunistische und sozialistische Beamte und Lehrer betrieben. Wollig sprachlos war die Debatte über die Hochschulen. Zwar wurde viel von Hochschullernen geredet, aber nichts getan, um neuen Geist in die Kammerkammer der Fakultäten hineinzubringen. In Marburg ist ein Professor Jung Mitglied der juristischen Fakultät, obwohl dieser Herr in einer öffentlichen Zeitschrift die schmutzigsten Gemeinheiten über führende Persönlichkeiten der Republik veröffentlicht hat.

Die kommunistische Fraktion wird bei der demnächst im Plenum des preussischen Landtages stattfindenden Beratung des Kultusets die preussische Schulreaktion mit reichhaltigem Material an den Pranger stellen, da die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiet vollkommen versagt, daß die Kommunisten in Preußen heute die einzigen Wortführer der Arbeiterklasse gegen die Kulturreaktion.

Der Freiheitskrieg in Irland.

W.E.B. Dubon, 18. April. Reuter meldet aus Dublin: In einer Höhle, etwa 100 Fuß unterhalb der Spitze einer Klippe, die an der Chanontüste in der Grafschaft Kerr senkrecht emporragt, wird eine Anzahl Führer der Aufständischen von Regierungstruppen belagert. Der einzige Zugang zur Höhle bildet ein schmaler, halbbrecherischer Pfad. Seit Montag früh greifen die Freikampftropfen die Belagerung der Höhle mit Mienen und Maschinengewehr an. Die Belagerten sind reichlich mit Munition versehen. Bisher wurde ein Regierungssoldat getötet und ein Offizier verwundet. Weiter wird aus Dublin gemeldet, daß Breen und zwei andere Führer der Aufständischen sind gestern gefangen genommen worden. Devalera ist nunmehr der einzige hervorragende Führer der Aufständischen, der sich noch in Freiheit befindet.

Ein neuer Marksturz!

Breslau, den 19. April.

Th. R. Western wurde der Dollar an der Berliner Börse zeitweilig mit 33 000 Mt. gehandelt. Das bedeutet eine Steigerung von mehr als 50 Prozent. In New York wurden am 18. April 29 629,62 Mt. gezahlt. Dieser neue Marksturz ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Die Reichsbank hatte auf Anordnung des Stinnes und Anweisung des Summe die sogenannte „Marktstützungaktion“ durchgeführt. Sie hat zu diesem Zweck täglich bis zu einer Million englische Pfunde auf den Markt geworfen, um so die Nachfrage nach Devisen niedrig zu halten.

Stinnes hat da seine Hand im Spiele. Er kaufte die englischen Pfunde billig auf, verwendete sie zum Einkauf von Kohle, die er in Deutschland teuer verkaufte.

Die Regierung kaufte im Auftrage des Stinnes im Ausland für deutsches Geld die englische Pfunde und Dollars auf. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verrät, daß die Regierung bereits 300 Millionen Goldmark für diese Zwecke ins Ausland ausgeführt hat. Diese Mitteilung ließ die Wallstahnen aufhorchen. Die Reden des Poincaré und des Außenministers von Rosenberg blieben gleichfalls nicht ohne Wirkungen auf dem Devisenmarkt. Die kleinen Spekulanten glaubten die Zeit für gekommen, wo sie wieder ihren Rebbach machen können.

Ueber diesen neuesten Marksturz und die Haltung der Reichsbank berichtet die bürgerliche Presse:

In den letzten Tagen hat die Spekulation gegen die Stützungaktion der Reichsbank einen starken Vorstoß unternommen, und diese hat sich entlosset, der Spekulation Raum zu geben, um im gegebenen Augenblick mit starker Hand neuerdings einzugreifen.

Reichstagsitzung

vom 18. April.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten für Sano — gegen eine Arbeiterregierung.

Am 3. Tage der Debatte über Auslandspolitik und Ruhrfrage erneuerte der Abg. Dr. Breitfeld für die Sozialdemokratie die Forderung eines formellen Regierungsangebots an Frankreich. Breitfeld versicherte in geradezu schamloser Weise, der bürgerlich-kapitalistischen Regierungspolitik und dem gleichfalls verhandlungsbereiten Abgeordneten der Schwerindustrie Dr. Stresemann, seine volle Willigung. Man sieht schon Arm in Arm Herrn Stresemann als Reichskanzler und Herrn Breitfeld als Reichsminister Außenminister, die neue Erfüllungspolitik treiben. Breitfeld verzichtete sich gegen jegliche Frontenbildung und erklärte sich namens seiner Partei für die bürgerlich-kapitalistische Regierung und gegen eine Arbeiterregierung mit oder ohne kommunistischer Unterstützung. Immer wieder verlangte er ein formelles festes Angebot, etwa auf Grund des Reparationsplanes Barthou-Delacroix. Nur nebenbei streifte er auch, um den Schein zu wahren, die Erfassung der Sachwerte, um die Reparationssumme nicht ganz ohne Belastung des Heftes ausbringen zu können. Mit Stresemann will er noch über den, auch ihm ansehend sehr erwünschten Schwertkapitalistischen deutsch-französischen Montan-Ertrag hinausgehen, schwor jede einseitige Klassenpolitik ab und beteuerte zum Schluß seine:

Der Sozialdemokratie und des ganzen Rheinlands trendentische Bestimmung.

Mit gebührender Schärfe warf ihm nachher der

Abg. Lebebour

in seiner Rede vor, daß Breitfeld als Koalitionspolitiker die alte Bürgerfriedenspolitik treibe und durch Bejahung der kapitalistischen Regierung

Berrat an der Arbeiterschaft und der Revolution über.

deren aktive Steigerung dem Proletariat Deutschlands und der ganzen Welt einzig und allein Rettung bringen könne. Lebebour gettelte auch die zuvor gehaltenen Rede des von den Deutschen nationalen vorgeführten Dr. Helfferich, der die nützliche selbständigeren Sabotagepolitik vertrat, durch die Deutschland schon einmal einen Krieg verlor. Helfferich, dessen ganzes Auftreten ebenso wie das des nachher sprechenden Schwerindustriellen Antipatros Dr. Molkenhauer von der Deutschen Volkspartei eine Provokation darstellte, kam von Wilson dem Versailler Vertrag und anderen Dingen schließlich zu der in seinem Munde wahrlich überzeugenden Behauptung, daß Leben und Freiheit ihm im Kampfe höher ständen als Geld und Macht. Herr Molkenhauer erklärte im offenkundigen Gegensatz zu seinem Parteiführer Stresemann, ein Verhandlungsangebot an Frankreich (allerdings nur „jetzt“) für verhängnisvoll.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, handelt es sich bei dem Entschluß der Reichsbank um folgenden Gedankengang: Es sind im Verlaufe der vergangenen Woche Erscheinungen aufgetreten, die darauf schließen lassen, daß es der Spekulation nimmerehr ausschließlich darum zu tun ist, auf Kosten der Reichsbank und damit des Reiches Devisen zum Interventionsfuß zu häufeln, um sie nach allmählicher Lähmung der Interventionskraft der Reichsbank mit großem Gewinn wieder auf den Markt werfen zu können. Im allerengsten Kreise ist deshalb schon vor einigen Tagen der Beschluß gefaßt worden, für den Fall des weiteren Nachdrängens der Spekulation eine andere Methode einzuschlagen, von der man sich günstigeren Wirkungen verspricht.

Die Blätter bestätigen die gestern von den Abendblättern ausgesprochene Ansicht, daß die Dollarhaufe auf eine veränderte Interventionspolitik der Reichsbank zurückzuführen ist. Da die Reichsbank wegen des in der letzten Zeit stark angeschwollenen Bedarfes an Devisen sehr tief in ihre Bestände hat eingreifen müssen, habe sie jetzt die Zäsur dahin gemacht, daß der Spekulation zunächst einmal freie Bahn gegeben werde, daß aber im gewissen Moment stark eingegriffen werden solle, um der Spekulation schwere Verluste zuzufügen und ihr damit die Luft zu nehmen, sich neuerdings vorvorsichtig vorzuwagen. Die Blätter wiederholen daher die Warnung der gestrigen Abendblätter vor loslösen Devisenkaufen und überstürzten Einläufen von Waren, die dann später nach einem Eingreifen der Reichsbank nur mit großem Verlust wieder abgekauft werden könnten.

Als zweiter Redner der Komm. Fraktion übte

bann

Genosse Froelich

scharfe Kritik an der zweideutigen Haltung der Regierung. Das kaum ausgearbeitete belgisch-französische Reparationsprogramm und das plötzliche Herausschnellen des Dollars an der Börse, um 50 Prozent, auf 33 000, zeigt, daß der deutsche Widerstand auch nach Meinung der Börse zu Ende geht. Die bürgerliche Abwehrfront bröckelt ab. Wir stehen im Moment vor der Frage neuer Verhandlungen. Der Abschluß der Ruhrfrage ist akut geworden. Sie bringt zweifellos bedeutende Erhöhung der Lasten für das deutsche Volk. Die neuen Bedingungen werden das Maß der bisher auferlegten noch erheblich übersteigen und die geplanten Anleihen werden Deutschland in die ungeheuerlichste Schuldnichtschaff führen. Deutschland wird immer mehr in eine aller wirtschaftlichen und politischen Machtmittel beraubten Kolonie verwandelt. Auch der neue Friede wird nur eine Fortsetzung des jetzigen Krieges an der Ruhr mit anderen Mitteln sein, wenn eine bürgerliche Regierung ihn schließt. Der Kapitalismus wird uns nimmermehr aus dem Jammer und Elend herausführen, er wird nur

mit neuen Verträgen neuen Wirtschaftskrisen.

Der Kampfcharakter der kapitalistischen Staaten ist unüberwindlich. Die 2. Internationale hat vollkommen versagt. Sie magt nicht einmal ihr Programm zur Ruhraktion zu veröffentlichen. — In Frankreich stehen die Sozialdemokraten in Führung mit dem Bloc nationale, in Deutschland bahnt sich der Bloc von Breitfeld bis Stresemann an. So werden

die Massen betrogen.

weil man nicht magt, sie gegen die französische Reaktion mobil zu machen. Die Konsequenz einer kapitalistischen Lösung des Ruhrproblems wäre die Wiederherstellung der sozialistisch regierten Länder Sachsen und Thüringens und die Erhebung Bayerns zur ausschlaggebenden Macht.

Ein Verbrechen der Sozialdemokratie

ist es, daß sie die Massen einschläfert. Stinnes und Loucheur gehen zusammen. Wir aber werden die Arbeiterschaft in den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus dieses und jenseits des Rheines führen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Nach Froelichs Rede schloß die Aussprache. In der Einzelberatung lehnte die kommunistische Fraktion das Ministergehalt, die Ausgaben für sogenannte Heimataufklärung, den Geheimfonds und den inländischen Nachrichtenendienst (Spiegel) ab. Für diese Positionen waren angelegt insgesamt circa 300 Millionen, die sich indessen nach der Geldentwertung der letzten Monate vielleicht verhehrlachen dürften.

Angestellte seid auf der Hut!

Von Fred Oelssner, Breslau, Mitglied des 3. B. U.

Die Unternehmer haben die Kriegserklärung an die Breslauer Angestellten-Gesellschaft gerichtet. Sie stellen den Tariforganisationen der Angestellten ihre Forderungen zu, die eine Kürzung der Gehälter bis zu 20 Prozent vorsehen. Daneben gehen noch Forderungen auf Urlaubsbefreiung, Verlängerung der Kündigungsfrist, teilweise Verlängerung der Lehrzeit und ähnliches. Diese Provokationen der Unternehmer sind so breit und unbedarft, daß es schon besondere Ursachen sein müssen, die das Unternehmertum dazu ermutigten.

Und es sind wirklich besondere Ursachen! Die Breslauer Unterpale stehen nicht allein auf weiter Flur. Es ist die Weltoffensive des Kapitals gegen alle Arbeiter, Angestellte und auch Beamte, die sich jetzt gegen die Breslauer Angestellten richtet. Der Feldzug ist von langer Hand vorbereitet worden. Die Kapitalisten waren bei ihren Künften nicht so unklug wie die Angestellten und Arbeiter, daß sie sich allein auf die wirtschaftliche Seite beschränkten. Sie haben sich auch die politischen Vorbedingungen geschaffen. In Deutschland haben sie sich die Regierung erkauft und ihren Commi Sumo mit dem Ranglerstab besetzt. In der Erkenntnis, daß die Regierung selbst nichts ist, wenn nicht die exekutive Macht hinter ihr steht, haben sie die deutschen Wehrkräfte noch mehr mit ihren Goldschnecken durchseht. Um ganz sicher einem proletarischen Abwehrkampf gegenüber gerüstet zu sein, haben sie sich neben allen diesen Dingen noch starke bewaffnete Organisationen geschaffen, die allen Verböten zum Trotz immer häufiger, und gefährlicher werden. Der Faschismus, der sich auch in Deutschland ganz bedenklich breit macht, ist großgezüchtet worden durch die Gelder der sogenannten Arbeitergeier. Von diesen Dingen wollen die Angestellten, oder wenigstens viele von ihnen, nichts wissen. Sie sind — zu ihrem Verhängnis — noch immer der Meinung, daß ihr Kampf gegen den Gehaltsabbau nichts mit Politik zu tun habe. Die Tatsache des engen Verbundenheits der politischen und wirtschaftlichen Fragen erkennen, heißt aber, sich der vollen Größe der Gefahr bewußt werden, die den Angestellten droht.

Nur diese politischen Sicherungen konnten die Breslauer Unternehmer ermuntern, ein solch unverschämtes Ansetzen an die Angestellten zu stellen. Ja, es scheint sogar, daß die Unternehmer einen Kampf der Angestellten provozierten wollen. Sonst hätten sie Forderungen aufgestellt, welche von den gewöhnlich revolutionären Gewerkschaftsangeestellten anerkannt worden wären. So haben sie den Auftakt zu einem Kampf der Angestellten gegeben.

Schon ist die Antwort der Angestellten da. Die Klarheit und entschiedenste Antwort auf die Kriegserklärung war der Aufmarsch der Massen selbst! Aber auch die Gewerkschaftsführer haben mit scharfen Worten nicht gelacht. Sie haben sehr radikal gesprochen. Doch fanden sie nicht immer radikale Worte, wenn die Masse danach dürstete? Es kommt jetzt wichtiger auf Worte, als auf die Taten an! Wenn man nüchtern genug ist, eine Resolution nicht als Tat zu bezeichnen, so muß man schon feststellen, daß bis zur Stunde noch nichts getan wurde. Und die radikalen Worte geben keine Garantie dafür, daß ebenso radikale Taten folgen. Die dreimündige Gefahr in diesem vom Jaume gedrohenen Streik ist die, daß dem Kampf durch ein Kompro mit ausgewichen wird. Die Unternehmer werden in diesem Falle von ihren Forderungen etwas nachgeben und die Tariforganisationen werden den Unternehmern etwas entgegenkommen. Auf die goldene Mitte werden sie sich dann bewegen. Dann werden die Gewerkschaftsführer

Zur internationalen Kampfwoche.

Knabtschreiben des „Internationalen Aktionskomitees gegen Kriegsgefahr und Faschismus“ an alle Arbeiterorganisationen.

Werte Genossen!

An Ausführung des von der Internationalen Konferenz gestellten Auftrages werden bei sich das „Internationale Aktionskomitee gegen Kriegsgefahr und Faschismus“ hiermit an alle Organisationen, die zur Frankfurter Konferenz Delegierte entsandt haben, oder mit den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz sympathisieren. Laut Beschluss dieser Konferenz soll in der Woche vom 15. April bis einschließlich dem 1. Mai 1923 eine internationale Propagandawoche zur Popularisierung der Frankfurter Beschlüsse in allen Ländern durchgeführt werden. Damit diese Propagandawoche zur vollen Auswirkung kommt, ist eine gründliche Vorbereitung derselben notwendig.

1. Mündliche Propaganda.

Um die mündliche Propaganda erfolgreich zu fördern, müssen schon vor dem 15. April in den Betrieben und den Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftskartellen, Versammlungen oder Sitzungen veranstaltet werden, in denen die Aufgaben der Propagandawoche gründlich durchberaten werden.

Für die Propagandawoche selbst sind in möglichst allen Großbetrieben Versammlungen abzuhalten, in denen die Delegierte mit den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz vertraut gemacht wird und in denen Resolutionen zur Annahme gelangen sollen, die sich mit den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz solidarisieren.

Desgleichen sollen in den Gewerkschaften Mitgliederversammlungen stattfinden, in denen über die Frankfurter Konferenz gesprochen wird.

Wo es irgend möglich ist, müssen in dieser Woche öffentliche Versammlungen veranstaltet werden, um auch den Arbeitern und Angestellten der kleinen Betriebe sowie der breiteren Öffentlichkeit die Beschlüsse der Frankfurter Konferenz bekannt zu machen.

An für das öffentliche Leben bedeutenden Plätzen sind große Kundgebungen zu veranstalten, auf denen ausländische Referenten neben den einheimischen für die Durchführung der Frankfurter Beschlüsse sprechen sollen. Ausländische Referenten sollen auch, wenn möglich, Verwendung finden in großen Betriebsversammlungen (in Riefenbetrieben der Metallindustrie, Waffenfabriken, Werften, Zechen, Eisenbahnstationen und Äbälischen). Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß möglichst die ausländischen Referenten beruflich den Arbeitern in den betreffenden Betrieben nahe stehen.

Da leider auf der Frankfurter Konferenz die fünf großen Gewerkschaften der 2. 21. und der Amsterdamer Gewerkschaften International nicht vertreten waren, soll dieser Gelegenheit gegeben werden, in der Propagandawoche entweder als Referenten oder als Korreferenten sich zu den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz zu äußern. Die Führer dieser Internationalen sind also in größtem Umfang zu den Versammlungen einzuladen.

Besonders wichtig ist es, daß die Gewerkschaftsvereine als Zusammenfassung breiter Arbeiter

schichten in zustimmendem Sinne zu den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz Kundgebungen erlassen.

Weiter ist darauf zu sehen, daß an den Versammlungen möglichst viele parteilose, gewerkschaftlich unorganisierte Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Hausfrauen teilnehmen.

Das Aktionskomitee läßt eine Referentenliste und Materialsammlung herstellen zur Erschließung der Propaganda, die, soweit sie nicht durch das Aktionskomitee den einzelnen Organisationen gestellt wird, von Interessenten direkt vom Aktionskomitee bezogen werden kann.

2. Schriftliche Propaganda.

Die mündliche Propaganda muß ergänzt werden durch eine dauernde schriftliche Propaganda. In allen Arbeitergruppen muß täglich zu den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz Stellung genommen werden. Die täglichen politischen und wirtschaftlichen Ereignisse müssen in Verbindung gebracht werden mit den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz.

Alle in Versammlungen angenommenen Resolutionen, Erklärungen, Anträge und Beschlüsse sollen in den Zeitungen registriert werden. Besonders sind alle Gewerkschafts-Berichterstatter darauf aufmerksam zu machen, daß sie Berichte zur Einbringung an ihre Gewerkschaftsorgane bringen, damit in der Gewerkschaftspressen einen sehr großen Leserkreis hat, breitet die Propaganda für die Beschlüsse von Frankfurt aus.

Das Aktionskomitee wird die schriftliche Propaganda fördern durch die Herausgabe einiger Flugblätter. Als erste erscheinen die Beschlüsse und Erklärungen der Frankfurter Konferenz, zweitens ein kurzes analytisches Protokoll mit einer Vorbemerkung über die Frankfurter Konferenz und seinem Nachwort über die Auswirkung ihrer Beschlüsse, drittens und viertens Broschüren mit den Referaten Kosowsky und Klara Zellins.

Das Manifest der Frankfurter Konferenz an die Arbeiter aller Länder wird als Flugblatt und Plakat zur weitesten Verbreitung hergestellt. Zur Massenerbreitung werden weiter herausgegebenen Manifeste an die Bergarbeiter, die Transportarbeiter, die Seeleute und die Metallarbeiter aller Länder. Die Manifeste dieser wichtigen Berufsgruppen sollen in allen entsprechenden Gewerkschaftsorganen zum Abdruck gebracht werden.

3. Referentenaustausch.

Um die mit ausländischen Referenten zu veranstaltenden Meetings und Betriebsversammlungen durchzuführen zu können, muß ein Referentenaustausch organisiert werden. Alle Organisationen, die ausländische Referenten wünschen, müssen sofort ihre diesbezügliche Wünsche dem Aktionskomitee übermitteln. Alle Organisationen sind aber auch verpflichtet, eine entsprechende Anzahl Referenten für das Ausland zur Verfügung zu stellen. Dem Aktionskomitee ist eine Liste der für das Ausland zur Verfügung stehenden Referenten spätestens zu übermitteln. (Fortf. folgt.)

SPD-Führer verleumden sozialdemokratische Arbeiter.

Eine Erklärung des SPD-Gewerkschafts-Führers gegen die Verleumdungen des „Vorwärts“ gegen das Mitglied der SPD, Friede-Gesellschaft gibt der Genannte folgende Erklärung ab:

1. Ich erkläre, daß mir bis jetzt von keinem Anschlagsverfahren aus der SPD. gegen mich etwas bekannt ist.
 2. Ich kann mich nicht „gefährlich“ gewesen sein, da mich bis jetzt noch niemand zur Rede gestellt hat.
 3. Meine Parteibeiträge in der SPD. sind bis 1. April ordnungsmäßig bezahlt und war der Kassierer und die letzte Märzwoche bei mir und hat nichts davon erwähnt, daß ich ausgeschlossen werden sollte.
 4. Geldmittel habe ich nicht mehr erhalten als jeder andere Delegierte und zwar vom Reichsausschuß der Betriebsräte.
 5. Was die Mitteilungen über die geheime Mission sein sollen, die ich im bezüglichen Zusammenhang gemacht haben soll, so muß man mir erst denjenigen bringen, dem ich diese gemacht haben soll.
 6. Wenn die „geheime Mission“ in der Propaganda für die Einheitsfront und die selbständige Betriebsrätebewegung bestehen soll, so weiß ich darauf hin, daß ich diese Mission schon drei Jahre lang in vollster Deffektivität in der SPD. betrieben habe.
 7. Hiermit ist wohl die Legende von den „Kassierer Spitzelgehörn“ widerlegt.
- Bei Friede für die Verhandlungen an den Verhandlungen der Frankfurter Konferenz beteiligt hat, und er paßt sich für die Einheitsfront und die Interessen des Proletariats kämpft, darum wird er von der SPD-Führerschaft verleumdet und darum soll er aus der SPD. mit Schimpf entfernt werden. Im Kampf für die Einheitsfront und die neue Koalition — von den Gewerkschaften bis zu den Deutschnationalen — sind alle Mittel heilig.

Die sozialdemokratischen Arbeiter. Schließen können daraus ersehen, wie sie einmal behandelt werden, wenn sie — des Führererrats überdrüssig — sich an revolutionären Kämpfen beteiligen. Sie müßten daraus sehen, daß gerade die Führer, die so viel schreien über das „Moskauer Diktat“, innerhalb der SPD. schlimmsten Terror gegen die Mitglieder anwenden und jeden aus der Partei werfen, der nicht nach ihrer Weise tanzt! Es sei denn, daß er, wie Paul Bengt, Führer ist. Da geht nicht so schnell...

Weismann macht gegen den proletarischen Selbstschuß mobil.

Die Berliner „Rote Fahne“ veröffentlicht folgende Schreiben:

Der Staatskommissar Berlin, 15. 3. 23 für öffentliche Ordnung. II. 15 599/23.

Belanntlich hat die KPD seit einiger Zeit mit der Organisation des „proletarischen Selbstschußes“ begonnen. Während sie zuerst behauptete, der Selbstschuß diene nur zur Abwehr von Gewalttaten faschistischer und rechtsradikaler Organisationen zur Verhinderung nationalsozialistischer Kundgebungen und zum Verhinderung von kommunistischer Versammlungen, läßt sie neuerdings die Maske fallen und jetzt den proletarischen Selbstschuß als Vortrupp der Roten Armee. Sie erklärt dabei auch jetzt offen, daß der proletarische Selbstschuß sich Waffen beschaffen muß. Solange die Schußwaffen fehlen, sollen Gummiknüppel verwendet werden.

Der proletarische Selbstschuß bildet eine Gefahr in zweifacher Hinsicht. Erstens macht er sich Befugnisse an, welche nur den staatlichen Organen zustehen, gefährdet dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung und schädigt die Staatsautorität auf das Schlimmste. Darüber hinaus aber gibt er allen rechtsradikalen und nationalsozialistischen Organisationen eine willkommenene Handhabe ihrerseits sich zu bewaffneten Formationen zusammenzuschließen unter der Begründung, der proletarische Selbstschuß mache eine Abwehr der von ihm drohenden Gefahren erforderlich. Daß es hierbei leicht zu blutigen Zusammenstößen zwischen den beiden extremen Organisationen führen kann, liegt auf der Hand.

Ich bitte daher, wo sich im vorliegenden Bereich der proletarische Selbstschuß gebildet hat oder zu organisieren versucht, in geeignet scheinender Weise seine Organisation zu verhindern. In vielen Fällen wird dies auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921, betreffend das Verbot militärischer Verbände — R. G. Bl. S. 711 — möglich sein. Allerdings ist für ein strafrechtliches Einschreiten Voraussetzung, daß das Beweismaterial zum Nachweise ausreicht, daß es sich um eine militärische, nicht nur eine politische Organisation handelt, da sonst mit der Einstellung oder gar Freisprechung zu rechnen sein würde. Ein solches Ergebnis muß unter allen Umständen vermieden werden.

gez. Weismann

Weismann ist nicht umsonst Staatssekretär bei Seevering geworden.

Weismann, der Untergebene Seeverings, macht also mobil gegen den proletarischen Selbstschuß. Er macht damit mobil gegen die Arbeiter/Kass, die sich in allen Teilen des Reiches Abwehrformationen gegen den Faschismus schafft.

Auch in verschiedenen Orten Schlesiens und besonders Oberschlesiens haben sich Arbeiter ohne Parteimitgliedschaft zum Kampf gegen die Reaktion einen Selbstschuß geschaffen. Und das ist richtig und gut so, denn gerade bei uns sind die Reaktionskräfte oberhand. Die Arbeiter dürfen und werden sich darin von niemandem hindern lassen. Im Gegenteil, solche Maßnahmen, wie die obige, werden sie anspornen, überall proletarische Selbstschußorganisationen zu bilden.

Der Ruhrkrieg.

Das WZB meldet:

Woham, 17. April. Der kommandierende General veröffentlicht durch Maueranschlag die Verordnung 25 vom 20. März, in der es heißt, daß mit lebenslänglicher Zwangsarbeit oder mit Zwangsarbeit nicht unter 10 Jahren oder lebenslänglicher Gefängnisstrafe bestraft wird, wer in den belebten Zellen des Ruhrgebietes irgendwelche Post-, Telegraphen- oder Fernsprecheinrichtungen durch Zerstörung unterbricht und infolgedessen die Sicherheit und den Unterhalt der Besatzungsstruppen oder die öffentliche Ordnung gefährdet. Liegen mildernde Umstände vor, so kann auf eine Gefängnisstrafe bis fünf Jahren und einer Geldstrafe bis 10 Millionen Mark oder auf eine von beiden Strafen erkannt werden. Strafen, die auf über 5 Jahre Zwangsarbeit oder Gefängnis lauten, können in einer Strafankast desjenigen Staates verbüßt werden, dem das urteilsspendende Gericht angehört.

Berlin, 18. April. Wie die Blätter aus Essen mitteilen, wird die neue Verordnung des General Deputats, die den Transport von Kohlen ohne französische Passagierschein verbietet, rigoros durchgeführt. Im Laufe des gestrigen Tages sind selbst kleine Kohlenmengen von einem Zentner, die auf Kinderwagen in die Wohnungen geholt wurden, beschlagnahmt worden. Von der Beschlagnahme der Kohlen transporte werden in erster Linie die kleinen Fabrikanten und Gewerbebetriebe betroffen und in zweiter Linie aber auch Haushaltungen. Wie die Blätter bemerken, wird der enorme Druck, der durch diese schändliche Maßnahme ausgeübt wird, einen erheblichen Vordruck hervorrufen.

Essen, 17. April. Ueber die Wirkungen der Kohlenverordnung des General Deputats schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“: Essen: Die neue Zwangsmaßnahme der Franzosen wird die Kohlenwirtschaft des Ruhrgebietes fast vollkommen lähmen, denn man kann heute schon vorauslagern, daß die Zerschlagung der Kohlenhandels und die Industrie nicht mehr sein werden, um Ausstellung von Passagierscheinen bei den Franzosen einzutunnen. Soweit die Deputatschule in Frage kommt, ist nach der bisherigen Haltung der Bergarbeiter anzunehmen, daß diese sich zu einer Anerkennung der Verordnung ebenfalls nicht verheßen werden.

besser als Homer die Kämpfe des Odysseus gegen die Unternehmern beklagen, denen sie etwas von der Beute entzogen haben wollen. Im Wirklichkeit haben sie den Unternehmern aber einen Teil der Beute freiwillig abgelassen. Das ganze würde in diesem Falle mit einem Erfolge der Unternehmern enden. Zwar hätten sie nicht alles erreicht, aber doch etwas. Sie hätten den Odysseus abgeführt und die Angestellten hätten nichts erreicht, aber viel verloren.

Die Gefährdungen, die die Arbeiter und Angestellten mit den Gewerkschaftsführern gemacht haben, lassen und obige Gefahr erkennen. Das Abkommen der Metallindustriellen mit dem Metallarbeiterverband ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsführer lieber dem Unternehmertum etwas zu billigen, als einen gewerkschaftlichen Kampf führen.

Und noch eins. Es mußt sehr sonderbar an, wenn jetzt die Gewerkschaftsführer selbst die Angestellten auffordern, auch „die politische Arena zu betreten“. Sie haben sich bisher immer mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß in Gewerkschaftsversammlungen politische Debatten geführt werden. Es scheint, daß sie bei dem jetzigen Kampf keine Möglichkeit sehen, denselben unpolitisch zu führen. Nichts desto weniger werden sie aber die Angestellten aus der politischen Arena verdrängen, wenn sie sehen, daß der Kampf politische Wetterungen nach sich zieht.

Es wäre völlig berechtigt, nun aus Erkenntnis dieser Erfahrungen die Flinte ins Korn zu werfen und dadurch die im Entstehen begriffene Einheitsfront zu schwächen. Das berechtigte Mißtrauen gegen die Gewerkschaftsführer, das auch in den Reihen der Massenbewegten Angestellten wächst, darf uns nicht abhalten, das Bestreben, eine einheitsliche Kampffront der Angestellten dem Angriff der Unternehmern entgegenzusetzen, nach Kräften zu fördern.

Die Einheitsfront, deren Anfänge sich unter den Breslauer Angestellten jetzt zeigen, ist sehr zweifelhafter Natur. Es gehören ihr außer dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband sämtliche Gewerkschaftsorganisationen an. Zwar haben einzelne Vertreter bürgerlicher Verbände in den Versammlungen ebenfalls sehr radikale Töne angeschlagen. Doch es kann von vornherein nicht erwartet werden, daß diese Gewerkschaften einen Kampf der Angestellten mitmachen. Erst der jüngste Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter hat wieder gezeigt, daß die bürgerlichen „Gewerkschaften“ den ohnehin sehr schwachen Kampfswillen der freien Gewerkschaften nur lähmen und alle kämpfende Einheitsfront eine Gefahr für die Angestellten in sich.

Die Breslauer Angestellten müssen sehr auf der Hut sein, wenn sie diesen Gefahren begegnen wollen. Am besten können sie das dadurch, daß sie den Vorstoß der Unternehmern mit einem Gegenangriff beantworten. Der Massenankmarsch zeigte, daß sie die Kraft dazu haben.

Die USPD. Breslau sabotiert die Einheitsfront anlässlich der Maifeier.

Die Ortsgruppe Breslau der USPD. richtete an den Ortsausschuß des USPD. als auch an den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins das Ersuchen, unsere Genossen zur Besprechung über die Vorbereitung der Maifeier heranzuziehen.

Der Sozialdemokratische Verein ließ unserer Ortsgruppe folgende Antwort zugehen:

Breslau, 12. April 1923.

An die Kommunistische Partei.

Ortsgruppe Breslau.

Die Maifeier-Kommision nahm zu Euren Schreiben betreffend Beteiligung an der Maifeier 1923, das Ihr an den Vorstand der USPD. gelangt hat, und dieses nach zur Entscheidung überlassen wurde, Stellung.

Wir stellen dabei zunächst fest, daß dieses Schreiben vom 6. April datiert, laut Poststempel aber erst am 10. April, vormittags zwischen 9-10 Uhr aufgegeben ist, nach am gleichen Tage nachmittags um 5 Uhr in die Hände der Adressaten gelangte. Um 6 Uhr des gleichen Tages trat aber die schon seit 4 Tagen eingeladene Maifeier-Kommision zu ihrer zweiten Sitzung zusammen, um den Plan endgültig festzulegen.

Eine Einladung wäre also schon technisch unmöglich gewesen.

Abgesehen davon aber wurde darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahre trotz gleichberechtigter Beteiligung in der Kommision Eurerseits die getroffenen Abmachungen nicht eingehalten worden sind. Dasselbe mußte auch von der 2. Rathenower-Kommision am 4. Juli d. J. gesagt werden. Solange Eurerseits das Verhalten besteht, sollen Abmachungen entgegen immer wieder Eigenhändeln zu betreiben, was damit die von uns gewollte wirkliche Einheitsfront zu fördern. liegt ein nur auf dem Papier stehendes Zusammenarbeiten nicht im Interesse des Proletariats und müssen wir deshalb Euren Antrag ablehnen.

Mit sozialistischem Gruß

gez. Maße

Aus dem Schreiben des Herrn Maße geht klar hervor, daß die USPD. Breslau die Einheitsfront anlässlich der Maifeier ablehnt. Im ersten Teil des Schreibens versucht die USPD. unter Hinweis auf den wichtigsten Grund des

Verstehens zu beweisen, daß eine Heranziehung unserer Genossen aus technischen Gründen nicht möglich war. Im zweiten Teil des Schreibens läßt die USPD. diese Maske fallen und lehnt ein Zusammenarbeiten mit unserer Partei ab. Die USPD. beruft sich auf die vorjährige Maifeier, obwohl feststeht, daß nicht wir Kommunisten, sondern die USPD.-Führer die Abmachungen durchbrochen haben.

Wie bei zahlreichen anderen Gelegenheiten haben auch die USPD.-Führer in diesem Falle unsere Partei zu hinterzogen.

Schließlich haben aber die Angehörigen der Maifeier, die eine Angelegenheit des gesamten Proletariats ist — nicht nur die USPD.-Führer, sondern die Arbeiter zu entscheiden.

Der Ortsausschuß des USPD. erwiderte das Schreiben unserer Ortsgruppe wie folgt:

Breslau, 16. April 1923.

An die Kommunistische Partei.

Ortsgruppe Breslau.

Wir empfangen Ihr Schreiben vom 6. d. Mts., das ausdrücklich die Poststempel erst am 10. aufgegeben war, und am gleichen Tage nachmittags hier einging.

Wir beachten hierzu, daß die Vorarbeiten für die Maifeier von uns bereits abgeschlossen waren, haben es aber trotzdem der an diesem Tage zusammengetretenen Maifeier-Kommision zur Beschließung überlassen. Ein näherer Beschluß ist von hier zu erwarten.

Allgemeines St. Gewerkschaftsbund.

Nach Mitteil Schreiben des Ortsausschusses liegt also die Entscheidung darüber, ob die Maifeier zu einer USPD.-Angelegenheit oder zu einer Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse werden soll, in den Händen der Maifeier-Kommision.

Wir warten aber den Beschluß derselben ab und erwarten, daß die Mitglieder des Ortsausschusses und der Reichsvereinskommission sich mehr proletarischer Gesinnung bewusst haben, als Herr Maße und seine Freunde.

Breslau. Soziales.

Die SPD. bereitet ihren Umfall vor.

Vor einigen Tagen nahmen wir Stellung zu der Magistratsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung am kommenden Donnerstag, in der erste Schritte zur Stimmisierung städtischer Betriebe unternommen werden. Wir haben betont, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion am Donnerstag eine Feuerprobe zu bestehen hat. Das hat die „Volkswacht“ herausgelockt. Sie schreibt dazu wörtlich:

„Wir können der Arbeiter-Zeitung versichern, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion diese Feuerprobe bestehen wird. Sie wird ganz zu den Forderungen stehen, die man erhoben hat. Deshalb wird sie die Magistratsvorlage nicht im Ortus verabschieden lassen, sondern ihr mit gewohnter Einseitigkeit zustimmen, den in jeder Sache die Stimmigkeit so groß wie in dieser.“

Die „Volkswacht“ begründet diese Stellungnahme wie folgt:

Für den Gedanken der weiteren Kommunalisierung und Sozialisierung wird entschieden die Forderung, wenn den städtischen Verwaltungen der alte bürokratische Jopf abgewaschen wird.“

Diese Stellungnahme der „Volkswacht“ und der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion ist ein glatter Umfall der SPD. Denn in der Magistratsvorlage ist über die Aufgabe der Kommission ausdrücklich gesagt: sie hat zu prüfen, ob und in welcher Weise es sich empfiehlt, die städtischen Betriebsverwaltungen, besonders die Betriebe, die Straßenbahn, den Hafen, von den mit der städtischen Verwaltung verbundenen Beschränkungen durch Umgestaltung in eine Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu befreien.“

Es ist dem Dämnesten klar, daß es sich hier nicht um eine Abschaffung des alten bürokratischen Jopfes handelt, sondern um einen offenen Beginn der Stimmisierung städtischer Betriebe. Es wäre notwendig, daß die Arbeitervertreter das dadurch verhindern, daß sie einfach über die Magistratsvorlage zur Tagesordnung übergehen. Die gesamte Arbeiterschaft muß deshalb die Stellungnahme der Sozialdemokratie aufs heftigste bedauern. Ja, mehr als das! Die Gefahr der Stimmisierung wird gerade durch diese sozialdemokratische Stellungnahme akut. Die ganze Frage soll jetzt in eine bis zu gewissem Grade bedenkliche Kommission gegeben werden, die dann über die Stimmisierung hinter verschlossenen Türen hantieren wird. Obgleich Sozialdemokraten werden mit in diese Kommission kommen. Nach allen Erfahrungen kann die Arbeiterschaft den sozialdemokratischen Führern aber nicht mehr trauen. Sie haben vier Jahre lang die Sozialisierung in Worten versprochen, in der Tat aber verhindert. Warum sollen die Breslauer Sozialdemokraten nicht auch auf diese Art ihren Umfall vorbereiten? Alle schönen Worte geben der Breslauer Arbeiterschaft keine Gewähr dagegen.

Natürlich wird die „Volkswacht“ über uns nun Gift und Galle speien, weil wir die Sinnlosigkeit der Sozialdemokratie in dieser Frage eine Unterstützung der Stimmisierung bezeichnen. Mögen sie es tun. Wir sagen trotzdem mit aller Offenheit der Breslauer Arbeiterschaft: Die Sozialdemokratie steht sich gemeinsam mit den Stimmisierungsvertretern in das Dunkel einer Kommission zurück, um dort gemeinsam mit ihnen den Schacher zu vollenden!

Bei Philipp! Sprechen wir uns wieder.

Die Stenografen des Monats März 1923.

Ueber den Arbeitsnachweis im vergangenen Monat berichtet der Magistrat:

Die im Februar in der Holzindustrie eingetretene Besserung hat nicht angehalten; sie hat einer erheblichen Verschlechterung Platz gemacht. Es entfielen auf 100 offene Stellen 497 (360) Bewerber. Im Bau- und Gewerbe ist eine weitere Besserung insbesondere zu verzeichnen, als auf 100 offene Stellen 2228 (3500 Bewerber) entfielen. Dagegen ist im Bekleidungs- und Textilgewerbe eine weitere bedeutende Verschlechterung eingetreten. Auf 100 offene Stellen kamen 1222 (571) Bewerber. Eine geringe Besserung ist im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe festzustellen; auf 100 offene Stellen kamen 845 Bewerber (gegen 874 im Vormonat). Eine erhebliche Verschlechterung weist auch das Berg- und Hütten- und Metallgewerbe auf; die Zahl der Bewerber um 100 offene Stellen stieg von 1092 im Februar auf 2242 im März. Verschlechtert hat

Zohrnarbeit, besonders im Verbleibungs- und Gewerbe. Sehr schwierig sind nach wie vor die Verhältnisse in der Angestelltenvermittlung. Die ungünstige Wirtschaftslage hat Störungen im Handelsgewerbe hervorgerufen, die auf die mangelnde Kaufkraft der breiten Massen zurückzuführen sind. Durch diese Verhältnisse werden nicht nur die im Verkauf tätigen Angestellten, sondern auch zum großen Teil technische Angestellte in Mitleidenschaft gezogen. Von 843 Kriegsbeschäftigten und Erwerbsbeschränkten konnten 82 vermittelt werden.

„Alles in allem genommen, muß festgestellt werden, daß eine wesentliche Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist. Dazu kommt jetzt noch der Vorstoß der Unternehmer gegen die Einkommen der Arbeiter und Angestellten, dem mit unerhöhlter Schärfe entgegengetreten werden muß. Es ist heute die erste Pflicht aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, gegenüber diesem kapitalistischen Angriff in den Gewerkschaften die proletarische Einheitsfront herzustellen.“

† **Zusammenfassung für Kurzarbeiter:** Nach Paragraf 9 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 1337) gewährt die Erwerbslosenfürsorge Zuschunterstützungen für Kurzarbeiter. Ihre Errechnung übernimmt die Erwerbslosenfürsorge nach den von den Arbeitgebern einzureichenden Listen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Listen sofort nach Ablauf einer Kurzarbeiterwoche einzureichen sind, da die Erwerbslosenfürsorge Zuschunterstützungen für zurückliegende Zeit nicht gewährt kann. Muster zur Ausstellung von Kurzarbeiterlisten sind im Büro der Erwerbslosenfürsorge, Sternschanze 8/9, Zimmer 12a, erhältlich, wo auch Auskünfte erteilt werden.

† **Nachzahlung auf die Einkommensteuer 1923:** Aus der Anlage 1 zur Einkommensteuererklärung 1922 geht nicht deutlich hervor, an welche Klasse und unter welcher Bezeichnung die Nachzahlungen auf die Einkommensteuer 1922“ (vgl. 2. Ziffer 1, Abs 2 des Vorordrucks, Anlage 1) geleistet werden sollen. Um Irrtümer zu vermeiden, werden die Steuerpflichtigen, soweit sie den beiden Finanzamtsbezirken Süd und Nord angehören, ersucht, die „Nachzahlung“ an diejenige Steuerzahlstelle abzuführen, an die sie die nach dem Steuerbescheid 1921 fällige Steuer zu zahlen hatten. Bei der als „Nachzahlung für die Einkommensteuer 1922“ zu bezeichnenden Nachzahlung sind außer dem Namen und der Wohnung, auch der Steuerbezirk, Steuernummer und Kennzeichen anzugeben, die links oben auf dem Steuerbescheid 1921 vermerkt sind.

† **Vorträge über Berufswahl und Berufsberatung** in Elternvereinigungen, Schulgemeinden und Vereinen zu halten, sind die Leiter des städtischen Berufsamtes jederzeit gern bereit; doch wird dringend gebeten, nicht wie im vergangenen Jahre, diese Vorträge erst gegen Ende des Schuljahres zu veranstalten, sondern möglichst in dem Vierteljahr nach den großen Ferien. Es genügt telefonischer Anruf unter Ring 8747.

† **Im städtischen Schulmuseum, Paradiesstraße 25/27, finden Freitag, den 20. April nachm. 3, 5½ und 8 Uhr** abends drei Film- und Lichtbildvorträge statt, die als Thema „Die Bedeutung des Ruhrgebietes für das deutsche Wirtschaftsleben und seine Gefährdung durch Frankreich“ haben. Schüler in Begleitung Erwachsener haben Zutritt.

* **Straßenpflasterungen.** Die Klosterstraße zwischen Lübow- und Königsgräber Straße wird wegen Umplasterung und Gleisverneuerung vom 23. April bis einschließlich 30. Juni für Fußverkehr und Reiter gesperrt; die Herzogstraße zwischen Matthiasstraße und Lednigweg ganz und die Kreuzung dieser Straßen wegen Gleisverneuerung vom 30. April bis 20. Mai einschließlich halbseitig gesperrt.

† **Reichsbergsbergwerk** sind wieder eingetroffen und im städtischen Jugendheim an der Matthiasstraße 2. zu haben.

Provinzielles.

Volkstimmabstimmung findet nicht statt.

Von gutinformierter Seite wird uns mitgeteilt:

„Die vom 18. April bis 1. Mai auf Grund des Siedlungsantrages des Reichslandbundes für Siedlung und Pachtung“ festgelegte Volkstimmabstimmung findet nicht statt. Der Entwurf des badischen Ministers des Innern gegen die Bezeichnung „Morgen“, die nicht im ganzen Reich eine gleich große Fläche bezeichnet, hätte nicht nur die Möglichkeit zu mißverständlicher Auslegung des Antrages gegeben, sondern zur direkten Sabotierung der

Durchführung des Siedlungsantrages. Da letzteres höchst wahrscheinlich gewesen wäre, zumal die Reichsregierung heute schon ganz offen ihre Sabotageabsicht zeigt, hat der Reichslandbundesbund es vorgezogen, die Abstimmung jetzt nicht stattfinden zu lassen. Mit einigen kleinen Änderungen wird der Siedlungsantrag einem neuen Eintragungsverfahren und damit späterer Volkstimmabstimmung zugrunde gelegt. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.“

Sündhaft müssen die Siedler und Kleinbauern daraus erkennen, daß die bürgerliche Regierung, die die Unterstützung der Sozialdemokraten genießt, sich mit aller Macht gegen ihre Forderungen stemmt. Weg mit dieser Regierung im Reich und den einzelnen Ländern!

Die Durchsetzung der Forderungen der Siedler und Kleinbauern ist vor allem ein politischer Machtkampf. Die Bundesleitung des Reichslandbundes für Siedlung und Pachtung“ scheut sich dessen nicht bewußt zu sein, aber sie fürchtet die Konsequenzen. Die Abstimmung hätte unter allen Umständen stattfinden müssen. Den juristischen Spitzindigkeiten der badischen Regierung und der Sabotage der Reichsregierung hätte der Massentwille entgegengestellt werden müssen, dann hätte sich das wahre Gesicht der „Demokratie“ gezeigt.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Regierung trotz des Massentwils ihre Sabotage fortgesetzt hätte im Interesse der Junker und Großbauern. Vor der Konsequenz daraus: außenparlamentarischer Kampf des Kleinbauernums, der Siedler an der Seite des revolutionären Industrieproletariats gegen die bürgerliche Regierung, der Arbeiter und Kleinbauern, um die Ersaffung der Sachwerte der Großgrundbesitzer und Industriekapitalisten vor dieser Konsequenz (Spreche der Bundesvorsitzenden des Reichslandbundes zurück. Er spiegelt damit deutlich das Widerstreben der von ihm vertretenen kleinbürgerlichen Schicht gegen den revolutionären Klassenkampf, wohin die wirtschaftliche Entwicklung trotz alledem die Kleinbürgerlichen, Kleinbauern Massen drängt.

Dies zu erkennen, ist für uns Kommunisten von besonderer Wichtigkeit. Unsere Aufgabe ist desto mehr, an Hand der praktischen Erfahrungen, wie sie auch das Schicksal des Antrages des Reichslandbundes zeigt, die demokratischen Illusionen des Kleinbauernums zu liquidieren, durch Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Kleinbauern diese in die revolutionäre Kampffront des Proletariats einzureihen.

Das wirtschaftliche Interesse des Kleinbauernums erschordert Kampf an der Seite der Arbeiterschaft um die politische und wirtschaftliche Macht. Schließt die revolutionäre Einheitsfront!

J. Rau.

† **Altwasser. Weltliche Schule.** In der am Sonnabend im Eisernen Kreuz stattgefundenen Volksversammlung sprach Herr Lehrer Brezgenko über die weltliche Schule. Er wies darauf hin, daß die weltliche Schule in Altwasser bereits bestehen müßte, wenn sich die Eltern früher dafür interessiert hätten. Vor allem der Magistrat mehr Entgegenkommen gezeigt hätte, bei dem vorjährigen Antrage um Errichtung der weltlichen Schule. Im weiteren schilderte er die Entstehung der Volksschule seit dem Mittelalter. Unter Friedrich Wilhelm III. wurden die ersten eigentlichen Volksschulen errichtet, aber den Kindern nur das Gelehrte, was die regierenden Fürsten vorschrieben, vor allem Religion. Dazu trug auch ein Teil die Kirche mit bei. Weiter ging der Referent auf die weltliche Schule ein. Er machte der Versammlung klar, daß diese keine freireligiöse ist, wie im allgemeinen behauptet wird, sondern eine Gemeinschaftsschule, in der egl. lthl. und konfessionslos gemeinsam unterrichtet werden. Auch Religionsunterricht wird erteilt, wenn es die Eltern wünschen, aber außerhalb des Lehrplans. In der Diskussion sprach als erster Herr Rektor Teuber. Er zitierte nur kleine Formfehler des Referenten. Herr Rektor Karwath sprach keine Bemerkung aus über die Abmahlung des Religions-Unterrichts, da von den 45 Abmählungen bereits 3 wieder zurückgegangen sind. Er sprach von einem gewissen Zwang, der bei den Abmählungen ausgeübt wird auf die Eltern. Der Vorsitzende gab ihm gleich Aufschluß wie sich die Sache in einzelnen Fällen verhält, und daß für die 3 Zurückgehungen 10 neue Abmählungen kommen. Einige Schulfreunde sprachen sich in sachlicher Form aus. Der Referent wiederlegte in seinem Schlusswort jede Streitigkeiten, und forderte die Anwesenden auf, noch mehr denn je für die weltliche Schule zu werben und die

Freie Elternvereinigung zu unterstützen. Im Kampf um die weltliche Schule. Referent, der Fall konnte dem Referenten für seinen letzten Vortrag. Am Schluss gab der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag den 22. d. m. 9 Uhr im „Walden“ die Elternvereinsversammlung der freien Elternvereinigung stattfinden zu der jeder mann freies Zutritt hat, um sich von der Arbeit um die weltliche Schule zu überzeugen.“

† **Walden.** Der Arbeiter-Klub hat in der Verein veranstaltet am Sonntag den 21. d. m. ein Radfahrer-Sportfest. Daselbst wird ausgeführt mit Programmen, Reigenen und sonstigen künstlerischen Darbietungen. Alle Sportgenossen wie auch alle Freunde des Arbeitersports von Walden und Umgebend sind zu diesem Abend herzlich eingeladen. Anfangspunkt 8 Uhr. Der Vorstand des Arbeiter-Radfahrer-Vereins.

† **Ein rabiaten Hauswirt.** Der von lange bedient, in aller Öffentlichkeit gebrauchmarkt zu werden, in der Stegellandarbeiter-Gesellschaft. Täglich führt er mit den Mietern Hausräuberische Szenen auf. Die Kinder der Mieter schimpfen er „verfluchte Bande“ und „Mistkloß“. Er brachte es sogar fertig, ihnen zu drohen, bei Verneinung der Forderung die Rippen zu brechen. Eine alte Frau hat er mehrere Male so angebrüllt, daß sie in Krämpfe fiel. Den Mietern verbietet er, Gastfreundschaft gegenüber kommunistischen Jugendgenossen. Während des Wandertreffens der K. J. in Walden hat er herbeigeholt einige proletarische Mieter-Jugendliche. Auch diese bestrafte der Hauswirt mit „verfluchte Bande“ und anderen Schimpfwörtern. Die Arbeiter von Walden müssen mit dem Hausvater einmal Fraktur reden, damit er dieses rabiate Benehmen ablegt.

† **Dahdorf, Kr. Walden.** Der Arbeiter-Klub hat am Sonntag den 22. April 1923 ein Werbetreffen auf dem Sportplatz in Dahdorf unter starker Beteiligung der Waldenburger Mädchen, Schüler und Jugendbrüder in rhythmischen Tänzen, Reulenschwingen und Wärdetänzen, sowie die Schüler und Mäntelchen des gastgebenden Vereines. Anfang 1 Uhr nachmittags auf dem Sportplatz Dahdorf. Eintritt Männer 100 Mk., Frauen 50 Mk., Schüler, Eintritt frei.

† **Reichenbach i. Schl. M. B. O. Großen Diebstahl.** Welche seit länger als einem halben Jahr verübt wurden, ist, wie das Reichenbacher Tageblatt meldet, die Polizei auf die Spur gekommen. Sie verhaftete den Erpedienten Kr. autwald aus Vangenbela, der monatelang noch Eintritt der Dunkelheit in den oPsthof einstieg und die dort unbeaufsichtigten liegenden Paketensungen plünderte. Es sind eine Ummenge von Diebstählen dieser Art festgestellt. Kr. autwald hat vorzugsweise Textilwaren geraubt und mit diesen ein flott gehendes Geschäft betrieben. Er ließ sie zum Teil in Walden durch einen Verwandten zu Gelde machen. Ein großes Warenlager von Diebstahl, das von Postdiebstählen herrührte, wurde in seiner Wohnung in Vangenbela aufgefunden. Kr. autwald hatte große Geldsummen zur Verfügung. Der Schaden, der durch ihn angerichtet wurde, beträgt mehrere Millionen. Es drängen sich daraus bedeutende Schadenschäden gegen die Postbehörde ergeben. Die Geschädigten sind zahlreiche Firmen am Orte, wie in anderen Städten.

† **Niebau Mitgliederversammlung.** Die Versammlung von 40 Genossen besucht und wurde von Genossin H. Fischer, Breslau, in Form eines Arbeitsgemeinschaftsabend abgehalten. Nachdem Wortfoll und Kassenbericht gegeben worden waren, fand eine Aussprache über die Teilnahme der Partei und Jugend an der Maifeier, die vom hiesigen Kartell abgehalten wird, statt. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß alle Partei- und Jugendgenossen und „genossinnen geschlossen hinter ihren Fahnen demonstrieren. In der nun folgenden Arbeitsgemeinschaft wurde über die Einheitsfront, Arbeiterregierung und Faschismus diskutiert. Durch diese Diskussion und die anschließenden Erläuterungen des Gen. Fischers wurde den Mitgliedern die breitere Lage des Tagesfragen viel besser in das Gehirn geprägt als wie durch ein glanzvolles Referat. Bei der Aussprache über die tatsächlichen Differenzen in der K. J. konnte man die Ortsgruppe Niebau geschlossen hinter den Beschlüssen des Reichsparteitagess finden. Eine Resolution welche von der Partei und Jugend einstimmig angenommen und abgelehnt wurde, protestierte auf das heftigste gegen das Verbot der „Roten Fahne“. Ferner wurde beschlossen, die Jugendbibliothek auch den Parteigenossen zugänglich zu machen und es wurden 13 000 Mark von den Genossen für Bücher gependelt. Genossin Fischer gab noch einen ausführlichen Bericht über den Aufbau und Bedeutung der Produktiv-Genossenschaft. Es meldeten sich sofort wieder einige Genossen an. Wir können hier vermelden, daß alle Mitglieder Genossenschaftler sind. Nachdem noch über wichtige Sachen wie Gründung eines Saalhauses diskutiert und Beschlüsse gefaßt wurden, konnte die Versammlung um 12 Uhr mit dem Gesang der Internationale geschlossen werden.

† **Sangwalderdorf.** Der Konsumverein für das niederschlesische Industriegebiet hielt am Sonntag im „Friedensbrunn“ Niederschlesien die erste Sitzung des Genossenschaftsrat ab. Die vom Aufsichtsrat vom Vorstand und von 53 Vertretern besucht wurde. Der Vorstand wurde wie folgt gewählt: Vorsitzender Herr Hartwig, Stellvertreter Mühlhoffer, Schriftführer Stengel, Kassier Herr Friede. Sodann wurde die Geschäftsordnung beschlossen. In der Aussprache gaben die Vertreter dem Vorstand und dem Vorstehenden Anregungen, wie der Verein auszubauen ist, daß er ein

Morgen abend 7 Uhr

pünktlich im Parteibüro, Nikolastraße 49-50

Mitgliederherkunft der K. J.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die unverantwortliche Lohnpolitik der Bauarbeitgeberverbände.

Die Ortsverwaltung des Bauarbeiterverbandes schreibt:
"Manu", wird Herr Dr. Schimmelstern sagen, "ist es das auch?" Dieser Angehörige verschiedener Arbeitgeberverbände glaube nämlich bisher, daß der Bauarbeiterverband allein eine unverantwortliche Lohnpolitik treibe. Und das ist so. Die Bauarbeiter hatten Gelegenheit, während einiger Male bei Lohnverhandlungen im Sommer vorigen Jahres um drei bis sieben Prozent, in Worten "drei bis sieben Prozent", den Breslauer Lohnstand zu übersteigen, nachdem man uns im Winter 1921/22 anständig herabgequält hatte. Und nur kam bei einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Breslau im Juli 1922 der oben genannte Angehörige einiger Arbeitgeberverbände, diesmal für den Provinzialarbeiterverband für das Baugewerbe und prägte obigen Satz. Dieser ist auch ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung aus anderen Berufsgruppen auf diesen Seim gegangen. Natürlich mit Ausnahme der Syndikate, obwohl sie auch auf Lohn und Gehalt angeht. Die Aufgabe dieser Berufsgruppe, oder Arbeitnehmerkategorie ist es nämlich, die Lebenshaltung der übrigen Arbeiter, Angestellten und Beamten auf ein möglichst hohes Niveau zu bringen. Dafür wird man schließlich bezahlt.

Zum aber für die Öffentlichkeit folgendes über die Lohnpolitik des Bauarbeiterverbandes im Jahre 1922 und wir hoffen, daß wenigstens diese Seiten auch in den anderen Tageszeitungen erscheinen werden, damit der Unstimm von den hohen Löhnen der Bauarbeiter, die Schuld an der Verteuerung des Bauens seien, endlich verschwindet.
Der Durchschnittslohn des Breslauer Lohnstandes war für Dezember 1921 gleich 385. Der nach Befehlen dieser Ziffer durch freie Verhandlung erreichte Lohn war für Januar 1922 für einen Maurer oder Zimmerer 12,45 M. Die Lohnamtsdurchschnittsziffer am 15. Dezember 1922 war 14677. Der darauf folgende Lohn war am Ende des Jahres 1922 gleich 332 M., und man nehme jeder den Rechenstift, auch die Herren Angestellten der Arbeitgeberverbände die in zahlreichem Beweisen ja ganz besonders stark sind, wenn es gilt, anderen Arbeitern und Angestellten ihr unverantwortlich gutes Leben vorzuhalten. Da finden wir Steigerung der Erwerbszahl um das 30fache, Steigerung der Löhne um das 28 1/2fache. Also um rund 1/3 sind die hohen Löhne der Bauarbeiter hinter der tatsächlichen Steigerung zurückgeblieben. Und damit der Lohn nicht fehlerhaft ist, auch Angestellte der Arbeitgeberverbände mit in dieser Errechnungsdomäne.

Damit es aber nicht heißt, es wird das Jahr 1922 herausgegriffen, nehmen wir den Maurerstandeslohn und den jetzt beim sogenannten Abbau zu aktuellem Margarinepreis von 1914. Osterer 65 Pfennig, letzterer 50 Pf. Danach der nach Schimmelstern unverantwortlich hohen, oder den katastrophal hohen Lohn nach schriftlicher Mitteilung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Schließens vom Oktober 1922, an den Bauarbeiterverband, Maurerstandeslohn heute, nach einmonatlichem Kampf, der bis vor den Regierungspräsidenten führte, von 1415 Mark; Margarinepreis nach dem sogenannten Preisabbau 2900 Mark. Man rechne bitte, Steigerung des Maurerstandeslohnes ab 1914 bis April 1923 um das 217fache, Steigerung des Margarinepreises um das 5800fache. Bleiben wir also bei den abgebauten Margarinepreisen, so müßte für den Facharbeiter im Baugewerbe ein Stundenlohn von 3765 Mark gezahlt werden. Was aber geschieht? Am 31. März werden von Baugewerksbund für April neue Lohnverhandlungen beantragt. Unter dem 8. April erhalten wir Bescheid, daß Verhandlungen nur für provisorisch gehalten werden, wenn es sich um Herabsetzung der Löhne, nicht aber um eine Zulage handeln würde. Unterschrieben von Angestellten des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, G. B. B. Baronek, Syndikus. Unseren Kollegen wird es sehr schwer werden, eine solche Antwort nicht als Föhn aufzufassen, wie es überhaupt zu bewundern ist, daß die gesamte Arbeiterschaft solchen Lagen gegenüber noch so ruhig bleibt und nicht den Kopf verliert.
Aber es kommt noch ein weiteres hinzu. Die Firma Huta erläßt am Bau Wasserleitwert folgende Bekanntmachung:
Für den Monat April werden die Märzlöhne gezahlt. Da eine Herabsetzung der Märzlöhne beantragt ist, machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Zahlung der Märzlöhne unter Vorbehalt erfolgt.
Breslau, den 11. April 1923
J. A. Kempa - Huta

Von der gemeinsamen Front gegenüber dem Arbeitgeberstand kann nichts in dieser Bekanntmachung.
Herr Kempa ist auch ein Angestellter der Firma Huta A.-G. Ob er auch die abgebauten Margarinepreise bezahlt? Es wird jedenfalls kein erhebliches Gefühl sein, als Angestellter, der Arbeiter eines Betriebes der anderen mitteilen, daß es Lohnverhandlungen nicht mehr gebe, oder sogar abgehandelt werde. Damit erklärt man auch für sich, daß man nicht erhalte. Schließlich werden wir eine Tabelle über Lohnsprengung aufmachen, damit auch die Öffentlichkeit und die Wohnungsbauer erfahren, was abgehandelt werden kann und wie hoffen, daß diese die ja immer sehr freudigen Sympathie der Arbeitgeberverbände ihren engeren Repräsentanten der Baukassendirektoren und -Kasse und der Materialhändler klar machen, damit einmal auch dort abgehandelt wird.
Und was unsere Bedingungen. Wir wollen über einen Verhandlung verhandeln, wenn 1. die Arbeitgeber ihren konzipierten Beschlag auf die auszuführenden Arbeiter auf mindestens 20 Prozent abwaschen; 2. wenn ihre Syndikate ebenfalls einen Abbau ihrer Gehälter vornehmen; 3. wenn die Arbeitgeber mit uns zusammen in aller Öffentlichkeit und mit aller Energie den unverschämten Wucher der Kartelle, Ringe und der Baumaterialhändler

entgegengetreten werden, also auch dort ein Abbau, allerdings besser, wie bei der Margarine bemerkbar wird. Dann werden wir nicht die Renten sein. Im Aufschub daran machen wir unsere Kollegen auf das unerhörte Vorgehen der Arbeitgeber im Rohrlagerwerke aufmerksam. Dort wurde den Arbeitern ohne weiteres ein Abzug von 140 bis 522 Mark pro Stunde gemacht. Die Rohrlager befindet sich aus diesem Grunde im Streik und hat jeder unserer Maurer und Hilfsarbeiter entsprechend Obacht zu geben. Wo oben gezeigt, kann es auch um alle Tage so gehen.
Das Vorgehen der Bauarbeiterverbände beweist, daß die Unternehmer in Breslau die

Achtung Betriebsräte!

Sonnabend, den 21. April 1923,
findet in Waldenburg im "Edelstein" eine
Betriebsräte-Konferenz

für das Waldenburger Revier statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen auf der Internat. Konferenz in Frankfurt a. M.

Der provisorische Ausschuss.

Offenheit gegen die Arbeiterschaft auf der ganzen Linie aufgenommen haben.
Die Kapitalisten in der Metallindustrie, Baugewerbe und im Groß- und Kleinhandel sind einzig in dem Bestreben die Löhne und Gehälter abzubauen. Offenbar wollen sie für das Wohlverhalten der Breslauer Gewerkschaftsführer in der Frage der Ruhrhilfe ihre Dankbarkeit zeigen. (Schließen marschiert, wie der Oberpräsident stolz verkündet, an der Spitze der Ruhrhilfe).
Offenheit öffnet das Vorgehen der Breslauer Unternehmer auch den letzten, indifferenteren Arbeitern und Angestellten die Augen und zeigt ihnen, daß nur die Einheitsfront zwischen Arbeitern und Angestellten und radikaler Klassenkampf einen Damm gegen die Unternehmervilligkeit aufrichten kann.
Die Solidarität der Hamburger Hafenarbeiter.
In einer Versammlung der erwerbslosen Hafenarbeiter einer Hamburger Stempelstelle wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die nächste Einfuhr russischen Getreides für die kämpfenden Ruhrarbeiter kostenlos aus dem Dampfer herauszuladen.
Wir begrüßen diesen Beschluß als einen internationalen Solidarität.

Protest gegen die Willkür des Hauptverbandes des DGB. gegenüber den Berliner Kollegen.
Die Ortsverwaltung der Ortsgruppe des DGB, Oppeln nahm am 4. d. Mts. in ihrer ordentlichen Sitzung zu den Vorklagen unseres Verbandes in Berlin Stellung. Nach gründlicher Aussprache, in welcher festgesetzt wurde, daß die Berliner Kollegen sich im vollen Recht befinden, wurde eine Entschließung angenommen, in welcher vom Hauptverband gefordert wurde:
1. Befähigung der zum vierten Male ordnungsmäßig gewählten Ortsverwaltung;
2. Anerkennung und Durchführung der proletarischen Demokratie im DGB;
3. Sicherung aller ausgeschlossenen Mitglieder des DGB, die sich keiner mehrheitlichen Handlung schuldig gemacht haben.
In der Entschließung wurde an erster Stelle betont, daß die Ortsverwaltung der Ortsgruppe Oppeln sich mit der Haltung der neugewählten Ortsverwaltung Berlin solidarisch erklärt. Beschlossen wurde, diese Entschließung an den Hauptverband nach der Markstraße 4 und an die neugewählte Ortsverwaltung Berlin an die Adresse des Kollegen Franz Schmiedle, Langenstraße 53, zu senden.
In der darauffolgenden Vorstandssitzung erklärte der Ortsgruppenleiter Kuhn (DGB), daß er wohl beim Beschluß der letzten Vorstandssitzung nachgegangen sei, die Entschließung an den Hauptverband gerichtet habe, aber nicht an den Kollegen Schmiedle, da derselbe bereits aus gewerkschaftlich-organisatorischen Gründen ausgeschlossen sei, und es ginge nicht an, daß man an solche Kollegen noch Sympathieäußerungen abgibt. So steht in der Öffentlichkeit die Demokratie der DGB-Führer in der Praxis! O ja, Kollege Kuhn, wir wissen es und kennen Sie. Schließlich ist doch in deinem Bewerbsjahrbuch wörtlich: Eine der Hauptaufgaben eines Gewerkschaftsführers ist der jehigen Zeit ist, den Klagen des Kommunismus entgegenzutreten! Und solche Leute, wie dich, können die Schiffele u. Co. gerathen.

Der aufsteigende Akt der Kultur in Königsberg.
Die Königsberger Stadt- und Eisenwarenfabrik hat während der Weltwirtschaftskrise einen Entwicklungsgang, wie er nur durch Kriegsgewinne und größte Ausbeutung des Proletariats zu erklären ist.
Aber an sozialen Einrichtungen fehlt es hier gänzlich. So wurde z. B. in Aufstufungsstadium der Entwässerung der Fabrik von Seiten der Belegschaft die Herstellung einer Notzooanlage geplant.
Der Entwicklungsgang hier aber so rapide, daß keine Zeit dazu vorlag, und eine so soziale Einrichtung nicht als nötig befunden wurde, da ja das Proletariat noch immer mächtige Arme und gute Augen zur Verfügung habe. Mit der Zeit ist die Notzooanlage? Die Einrichtung einer Notzooanlage in der Fabrik ist heute nur noch als Luxus zu betrachten, da dieselbe auf zu hohe Kosten laufe. Das Proletariat von Königsberg ist aber nicht auf den Kopf gefallen und hat sich jetzt ein Vorkaufsrecht erdacht, bestehend aus Konventionen hinter den Kulissen oder der Fabrik, der Repräsentanten von Königsberg heißt die beste Vorkaufsrechte.
Eine etwas elegantere Vorkaufsrechte können die Angestellten aufweisen. Eine Entlassungsentscheidung der Fabrik in Königsberg ist gänzlich gegen diese, bei der sich selbst ein Gewerkschaftler den Tod holen kann. — An persönlichen

Aufbesserungen fehlt es... So müßten z. B. der Werkstoff- und Millionen zu Aufbesserungen zugestimmt... stelle ich an das gesamte Proletariat von Königsberg die Frage: wie steht es mit der Auslieferung der Kultur und den sozialen Einrichtungen? Die Betriebsleitung wehrt, diese Frage intensiver wie bisher zu behandeln.
Ein Arbeiter.

Die Belegschaft der Abwehrgrube für den Aufruf der Betriebsräte Godel-Hafen.
Die Belegschaft der Abwehrgrube nahm am vergangenen Sonntag Stellung zur Betriebsrätewahl. Alle Redner betonten, daß aller Streit in dieser ersten

Zeit begraben sein muß und nur die tüchtigsten Kameraden vorzuschlagen sind. Sodann nahm die Versammlung Stellung zur Entlassung der Pfleger und Pflegerinnen, die vom Knappschafstvorstand beschlössen worden ist. Die Belegschaft erhebt schärfsten Protest gegen diese Maßnahme und erklärt, daß man die zur Pflege vorgehenden Nonnen im Kloster behalten soll. Haben sie aber die Absicht, Männer zu pflügen, dann sollen sie den Beruf als Hausfrau und Mutter ergreifen.
Der Kollege Marggraf sprach über die wirtschaftliche Lage unter dem Beifall der Belegschaft. Er zeigte, wie die Verelendung der Arbeiter ins Riesengeste gewachsen ist, wie das Massensterben selbst der jüngeren Generation einleitet. Immer bisher habe die beherrschende Klasse in Deutschland verstanden, sich von der Tragung der Lasten zu brüden und diese Lasten den Arbeitern aufzubürden. Die ganze Last der Reparationen werde getragen von arbeitenden Volk. Nachdem die Unternehmer die Arbeiter zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Woiwode aufgerufen haben, zeige es sich jetzt schon wieder, wie nach dem zu erwartenden Abschluß des Ruhrabenteuers die deutschen Unternehmer die Arbeiterschaft erhöht ausbeuten wollen, um die Reparationen weiter aus den Knochen der deutschen Arbeiter zu zahlen. Die sozialistischen Elemente sollen hilfreiche Dienste bei der Niederhaltung der Arbeiter leisten. Darum schnellste Abwehr, Bildung der proletarischen Hundstapfen. So wie es der Aufruf der Papierarbeiter der Feldmühle, Godel-Hafen verlangte.
Die Belegschaft schließt sich dem Aufruf einmütig an und beauftragt ihre Betriebsräte, sofort die Forderung aufzunehmen.
Kaum ist der Aufruf der Betriebsräte Godel-Hafen erschienen, kann festgestellt werden, daß die Arbeiter in den diesen Aufruf begrüßen. Zutroß der Zusammenschluß der Oberschleifischen Betriebsräte ist eine dringende Notwendigkeit. Darum setzt auch in allen Betrieben mit aller Energie ein, daß Stellung genommen wird zu dem Aufruf und daß der Betriebsrat gezwungen wird, Farbe zu bekennen. Nicht nur radikale Redensarten schwingen, nein, praktisch mitarbeiten an der Zusammenführung der Oberschleifischen Arbeiter, das ist das Gebot der Stunde.

Bericht von der letzten Kartellung in Freiburg.
Die Sitzung fand unter dem Zeichen registrierter Anteilnahme von Kollegen aus den Betrieben, die als Gäste teilnahmen, statt. Unter Punkt 1 verließ der Vorsitzende u. a. ein Schreiben vom DGB, betreffend die Meister. Die Arbeiterschaft bezieht den 1. Mai durch Arbeitstagen frei bleiben. Von 10 oder 11 Uhr findet ein Streik statt. Nachmittags um 1 Uhr Versammlung auf dem Sportplatz am Salgenberg. Dasselbst wird die Parade von den Arbeitern geführt, hierzu Umzug durch die Stadt. Darauf Konzert im Buchwalgarten Kinderbelegschaft, abends Feuerwehr. Im Anhang findet Konzert statt, in einigen anderen Sälen. Ganz das Materialkosten kostet für männliche Personen 200 M., weibliche und jugendliche 100 M. Eine reifliche Beteiligung der Arbeiterschaft wird erwartet. Den Ordner (rote Hände) ist Folge zu leisten.
Unter verschiedenen kamen wieder große Unbotmäßigkeiten der Fleischer zur Sprache. Kollege Herzog wußte für den Freiburgerband für Feuerbestattung. Vorrat Familienbesuche das Verhalten der Behörden in der Frage der weiblichen Schule und bemängelte das Verhalten verschiedener Gemeindevorsteher in Potsdam. Die trotz der Mehrheit im Gemeindeparschament nichts schaffen, sondern vollständig bezogen. Um 11 Uhr war Schluss der Sitzung.

So sehen sie aus!
Am Landbundtag in Hannover sprach Hindenburg unter den Klängen der "Wacht am Rhein": "Deutsche Völker, wir wollen nie vergessen, daß wir Deutsche sind und überall unsere Pflicht und Schuldigkeit tun und, wenn es nötig ist, kämpfen so lange, bis die letzte Fahne weht und die letzte Klinge zerhackt ist. Besser für Ehre untergehen, als in Schande leben."
Bei denselben Wortwuchern sprach auch der Bergarbeiterführer Köpfer, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Reichshöhlenrates:
"Meine Damen und Herren! Die deutsche Sprache kennt drei Grade der Steigerung. Wenn man sie in diesem Falle anwenden wollte, dann wird man sagen müssen: Großer Heuchler, größerer Heuchler und Pommes (Gottsche Zustimmung der Rindler!). Frankreich ständigt sich. Es ging roh, brutal gegen die Weltvölker vor, es glaubte, die Bergarbeiter würden sich nicht für diese Weltvölker interessieren. Frankreich irrt. (Sehr wahr und Bravo bei den Ungarnen).
Es wäre, das sage ich als Sozialist — entgegen für die deutsche Arbeiterklasse (Bravo), wenn sie nicht entgegen wäre für jene Opfer die brutal von einem fremdländischen Militarismus vergewaltigt wurden. (Stürmische Bravo und Händelassen aller Progenz und Krautjunker).
Sehen sie sich nicht zum Verwechseln ähnlich, der Massenführer Hindenburg und dieser Herr Sozialdemokrat Köpfer?"

Bei der Sammlung für die Rhein-Ruhr-Hilfe in Goshba (Causse) zeichnete der Rittergutbesitzer Herr Kitzmeister von Seydel 100 Mark (in Worten: einhundert Mark!).
Gelegentlich von Lohnverhandlungen erklärte vor kurzer Zeit der ehemalige Bezirksleiter Godek des DGB, jehiger "sozialistischer Geheimrat" im schlesischen Arbeitsministerium im Beisein der Unternehmer:
"Die Holzarbeiter haben 40 Prozent zu hohe Löhne, er könnte die Unternehmer nicht verstehen, wie sie dazu kommen, so hohe Löhne zu bezahlen."
Im November 1922 fanden im Bezirkslohnrat Düsseldorf Verhandlungen über die Löhne der Bauarbeiter statt. In der darauffolgenden Sitzung der Bauarbeiter wurde das völlig unzulängliche Ergebnis kritisiert. Unser Genosse Koopfe sprach für Ablehnung, der Bezirksleiter des Baupolischen Bauarbeiterverbandes in Dortmund, Kaufmann, für unbedingte Annahme. Letzterer wendete sich gegen Koopfe und meinte, daß dieser nur in Lösungen für Ablehnung eintreten könne, in Dortmund würde das unannehmlich sei. Als ihm Koopfe darauf erwiderte, daß er gern bereit sei, auch nach Dortmund zu kommen, um den dortigen Kollegen Aufschluß über das miserable Resultat zu geben, entgegnete Kaufmann:
"Wenn Du nach Dortmund kommst, schmeißten wir Dich in den Kanal."
Bei der zweiten Verhandlung in Düsseldorf drohte der Bezirksleiter der Zimmerer, Fassler, unseren Genossen mit Prügel, wenn er wiederum sich gegen Annahme des Angebots der Unternehmer wenden würde.

In Striegau (Schlesien) wurde 1921 der Sozialdemokrat Daubendahl zum Landrat gewählt. Er blieb beinahe zwei Jahre lang unbefähigt. Als er sich endlich einmal beschwehrend an seinen Parteigenossen Genesing, den preussischen Minister des Innern, wandte, wurde er von diesem zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich erlaubt hatte, den Herrn Minister mit "Genosse" anzureden!
Zum Schluss für heute noch eine weitere, beladene unglückliche, aber doch wahre Geschichte:
In Wilmenden (Württemberg) ist es Herr Gottlob Klamm, Vorsitzender des Vereins der Kriegsschädigten und gleichzeitig Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, nach vielen Bemühungen gelungen, die Kriegsschädigtenorganisation mit dem seit 1873 bestehenden Arbeiterverein zu verschmelzen. Vor einigen Wochen fand zur Feier der Vereinigung von Arbeiterverein und Kriegsschädigten eine Generalversammlung statt, in welcher der Sozialdemokrat Herr Gottlob Klamm zum Dank für sein löbliches Tun und unter dem Gesang des schönen Liedes: "Morgenrot, Morgenrot, leuchtet mir zum frühen Tag", zum Vorsitzenden des neugebildeten Arbeitervereins gewählt wurde.

Auf Antrag des Reichssekretärs Meißner hat die Handwerkskammer Oppeln neue Richtlinien für die Entschädigung der Lehrlinge beschlossen. Denjenigen Eltern oder Vormündern, die jetzt Lehrlinge abschließen, kann nun beizugehen empfohlen werden, diese Richtlinien in die Lohnverträge aufzunehmen und zwar unter dem Vorbehalt, daß alle künftigen Veränderungen zu berücksichtigen sind.

Unternehmerfreudigen.
Von einem Angestellten des Vorkaufsbauarbeiterverbandes wird uns geschrieben:
Im Auftrage eines arbeitslosen Kollegen sollte ich in einer Angelegenheit bei der Firma Klamm, Hülshagen, vorstellig werden. Die Firma, welche durch ständige Klagen seitens ihrer Arbeitnehmer beim hiesigen Gewerbegericht satfam bekannt ist, war durch eine Klage verurteilt worden, an den obengenannten Kollegen 41 000 M. zu zahlen. Der Kollege ist 9 Wochen arbeitslos. Da ich vorher schon durch den Schwieriger Sohn die Zustimmung bekommen hatte, bei Verlegung des Urteils die Summe erheben zu können, glaubte ich, das mir keine Schwierigkeiten gemacht würden. Aber weit gefehlt. Ohne mich weiter zum Wort kommen zu lassen, wurde ich von Frau Klamm Feibel aufgefordert, ihr Lokal zu verlassen. Auf meine Einwendung, daß mir das Recht dazu zusteht, ein Einspruch ihrerseits gegen das Urteil auch ohne Erfolg sein würde, rühten mir nichts. Schon im Begriff, das Lokal zu verlassen, wurden zwei ihrer Hauskinder aufgefordert, mich herauszuwerfen. Nur meiner Besonnenheit ist es zu verdanken, daß es nicht zu unliebsamen Auftritten gekommen ist.

Bei denselben Wortwuchern sprach auch der Bergarbeiterführer Köpfer, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Reichshöhlenrates:
"Meine Damen und Herren! Die deutsche Sprache kennt drei Grade der Steigerung. Wenn man sie in diesem Falle anwenden wollte, dann wird man sagen müssen: Großer Heuchler, größerer Heuchler und Pommes (Gottsche Zustimmung der Rindler!). Frankreich ständigt sich. Es ging roh, brutal gegen die Weltvölker vor, es glaubte, die Bergarbeiter würden sich nicht für diese Weltvölker interessieren. Frankreich irrt. (Sehr wahr und Bravo bei den Ungarnen).
Es wäre, das sage ich als Sozialist — entgegen für die deutsche Arbeiterklasse (Bravo), wenn sie nicht entgegen wäre für jene Opfer die brutal von einem fremdländischen Militarismus vergewaltigt wurden. (Stürmische Bravo und Händelassen aller Progenz und Krautjunker).
Sehen sie sich nicht zum Verwechseln ähnlich, der Massenführer Hindenburg und dieser Herr Sozialdemokrat Köpfer?"

Bei der Sammlung für die Rhein-Ruhr-Hilfe in Goshba (Causse) zeichnete der Rittergutbesitzer Herr Kitzmeister von Seydel 100 Mark (in Worten: einhundert Mark!).
Gelegentlich von Lohnverhandlungen erklärte vor kurzer Zeit der ehemalige Bezirksleiter Godek des DGB, jehiger "sozialistischer Geheimrat" im schlesischen Arbeitsministerium im Beisein der Unternehmer:
"Die Holzarbeiter haben 40 Prozent zu hohe Löhne, er könnte die Unternehmer nicht verstehen, wie sie dazu kommen, so hohe Löhne zu bezahlen."
Im November 1922 fanden im Bezirkslohnrat Düsseldorf Verhandlungen über die Löhne der Bauarbeiter statt. In der darauffolgenden Sitzung der Bauarbeiter wurde das völlig unzulängliche Ergebnis kritisiert. Unser Genosse Koopfe sprach für Ablehnung, der Bezirksleiter des Baupolischen Bauarbeiterverbandes in Dortmund, Kaufmann, für unbedingte Annahme. Letzterer wendete sich gegen Koopfe und meinte, daß dieser nur in Lösungen für Ablehnung eintreten könne, in Dortmund würde das unannehmlich sei. Als ihm Koopfe darauf erwiderte, daß er gern bereit sei, auch nach Dortmund zu kommen, um den dortigen Kollegen Aufschluß über das miserable Resultat zu geben, entgegnete Kaufmann:
"Wenn Du nach Dortmund kommst, schmeißten wir Dich in den Kanal."
Bei der zweiten Verhandlung in Düsseldorf drohte der Bezirksleiter der Zimmerer, Fassler, unseren Genossen mit Prügel, wenn er wiederum sich gegen Annahme des Angebots der Unternehmer wenden würde.

In Striegau (Schlesien) wurde 1921 der Sozialdemokrat Daubendahl zum Landrat gewählt. Er blieb beinahe zwei Jahre lang unbefähigt. Als er sich endlich einmal beschwehrend an seinen Parteigenossen Genesing, den preussischen Minister des Innern, wandte, wurde er von diesem zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich erlaubt hatte, den Herrn Minister mit "Genosse" anzureden!
Zum Schluss für heute noch eine weitere, beladene unglückliche, aber doch wahre Geschichte:
In Wilmenden (Württemberg) ist es Herr Gottlob Klamm, Vorsitzender des Vereins der Kriegsschädigten und gleichzeitig Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, nach vielen Bemühungen gelungen, die Kriegsschädigtenorganisation mit dem seit 1873 bestehenden Arbeiterverein zu verschmelzen. Vor einigen Wochen fand zur Feier der Vereinigung von Arbeiterverein und Kriegsschädigten eine Generalversammlung statt, in welcher der Sozialdemokrat Herr Gottlob Klamm zum Dank für sein löbliches Tun und unter dem Gesang des schönen Liedes: "Morgenrot, Morgenrot, leuchtet mir zum frühen Tag", zum Vorsitzenden des neugebildeten Arbeitervereins gewählt wurde.

Die Kreistaats-Wahlkampagne.

Die Versammlungen in Schmolz. Der Sozialdemokrat Seppel führt die Reaktion.

Dem Rufe des Bezirksführers, sich am Sonntag, den 15. April an einer Agitationstour nach Schmolz, bei Breslau, zu beteiligen, waren die Genossen und Genossinnen gefolgt und auch die NS. hatte sich äußerst zahlreich eingeschunden. Mit dem Gesang der Internationalen zogen sie in Schmolz in unser Versammlungslokal ein, in dem sich ungefähr 50 Arbeiter zu einer von einberufenen öffentlichen Versammlung eingeschunden hatten. Genosse Schulz (Dittersbach) gab den Anwesenden einen Überblick über die wirtschaftliche und politische Entwicklung bis zum heutigen Tage, berührte insbesondere die Ruhraktion der Franzosen und den deutschen Faschismus und forderte zum Schluss auf zur Gründung einer Ortsgruppe zu schließen. Nach der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Helbing (Breslau), Reichel (Langenbielau) und ein Unorganisiertler. Im Schlusswort erwähnte Genosse Schulz die Anwesenden, aus der bisherigen Handlungsweise der anderen Parteien die Konsequenzen zu ziehen und bei der kommenden Kreiswahl für die kommunistische Liste zu stimmen. Die Versammlung hatte den Erfolg, daß der Grundstein für eine Ortsgruppe gelegt und Zeitungsleser gewonnen wurden.

Schon während unserer Versammlung wurden den Genossen mitgeteilt, daß um 7 Uhr in einem anderen Lokal eine Versammlung der Deutschen Volkspartei stattfindet, in welcher der latifund besessene Erzarzt Dr. Kapitän von Mezenthin als Referent erschienen sei. Unsere Genossen gingen vollständig in die Versammlung, um dem Herrn einen gehörigen Denkzettel zu geben. Herr Mezenthin hielt in der Versammlung, die sich zu neun Zehntel aus Proleten zusammensetzte, ein Referat, das von dem, was wir bereits in Breslau von ihm gehört haben, vollständig abstach. Herr Mezenthin als schlauer Fuchs wußte sich nach der Zuhörerschaft einzustellen. Er beschäftigte sich in seinem Referat nur mit der Ruhraktion der Franzosen, hob besonders die schweren Strafen hervor, zu denen Tausende und seine Mitgefängenen von den Franzosen verurteilt worden seien und wußte nicht genug die tapfere und vaterländische Haltung der Ruhrbevölkerung zu loben. Er gab ferner der Versammlung das tollste Bild von den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands und erwähnte gleichsam zum Hohn auf die Wirklichkeit und um sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, die ehrlichen Kaufleute und Landwirte, für ihre Waren einige Hundert Mark weniger zu verlangen. Herr Mezenthin hält anscheinend damit die Krise für gelöst. Er hob hauptsächlich die vaterländische Haltung der Schwerindustriellen hervor, die unter allen Umständen durchhalten wollten. Ferner erwähnte er, daß es bei der Abwehr der französischen Ruhraktion hauptsächlich auf die Stappe (das unbefestigte Deutschland) ankomme und wenn, wie 1918, die Stappe verlage,

Herr Mezenthin schloß sein Referat mit einem Hoch auf „unser Vaterland“, in das nur der einzeln eingestimmt wird und das von unserer Jugend mit „Nieder“ beantwortet wurde. Genosse Schulz fertigte den Referenten in der Diskussion glänzend ab. Die deutschen Patrioten hielten das allerwichtigste Recht, sich über die Verwettungen der Franzosen zu entscheiden, hätten sie doch in Belgien und Frankreich zehnmal schlimmer gehaust. Obwohl entgegnete Genosse Schulz, die Stappe habe 1918 den Zusammenbruch mitterbübel, und zwar die Herren Offiziere, die sich hinter der Front mästeten und ihre Burden andauernd mit Lebensmittelfischen nach Hause sandten. Von diesen Bauernfängern nicht einsparungen zu lassen, sondern sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Im Anschluß daran wurde von unseren Genossen die Internationale gesungen, an der sich aber die antwondernde SPD-Leute mit ihrem Referenten nicht beteiligten, da sie der „Internationalen“ den Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ vorzogen.

Als zweiter Diskussionsredner sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Seppel, Breslau. Dieser Herr übertrug alles, was wir bisher von SPD-Rednern gehört haben. Während Genosse Schulz in seinen Ausführungen sich nur mit den Reichsparteien beschäftigte und immer wieder hervorhob, daß der Feind rechts liege, ging der SPD-Redner nach eintönigen Worten gegen den Herrn Kollegen Mezenthin zu einer Hege gegen die SPD über. Er betonte mit dem Brustton der Überzeugung, daß die Arbeiter in der Ruhraktion nie die Einheitsfront mit den Unternehmern brechen würden, um gleich darauf die alte Karte aufzukleben, die Kommunisten bildeten mit den Deutschnationalen eine Einheitsfront. Er heuchelte die größte Entrüstung darüber, daß es unsere Jugendgenossen wagen könnten, Deutschland ein „Nieder“ zu wünschen. Und als ein Jugendgenosse den Zwischenruf machte, die Arbeiter haben kein Vaterland, geriet Herr Seppel ganz aus dem Häuschen. Er behauptete, die Arbeiter haben ein Vaterland, ihr Vaterland sei der Schrebergarten, der Blumentopf, das sei ein Stück Vaterland. Herrn Seppel geht natürlich das Verständnis dessen ab, daß die Jugendgenossen das Vaterland des Herrn Mezenthin meinen, das Vaterland der Wucherer und Schieber.

Die Entrüstung unserer Genossen als auch vieler sozialdemokratischer Arbeiter über das Auftreten dieses „Seppels“ war um so größer, als Genosse Schulz keine Angriffe nur gegen rechts gerichtet hatte. Unsere Genossen verbateten sich daher von Herrn Seppel energisch, als „Genossen“ bezeichnet zu werden. Im Schlusswort versuchte sich Herr Mezenthin — der in der Diskussion kräftig abgeritten und daran erinnert wurde, daß er bei der Stageral-Feier die Arbeiter als „rote Schweine“ bezeichnet hatte — zu rechtfertigen. Er wurde im Schlusswort oft vom Widerspruch der Arbeiter unterbrochen, und hielt, als unsere Genossen das Signal zum Verlassen des Saales gegeben hatten, sein Schlusswort vor leeren Bänken.

Ein neues Fallmerber der SPD-Führer.

„Das nationalsozialistische Bündnis“ in Karbitz, Bez. Breslau.

Durch einen Teil der sozialdemokratischen Presse im Reich macht zuzeit folgender Eigenartikel die Runde:

Proletarische Einheitsfront mit — Italien — Käufern. Kommunistisch-nationalistische Bruderschaft.

Die Kommunisten sind ganz begeistert von ihrer neuen Errungenschaft, den „proletarischen Bruderschaften“. So weit geht diese Begeisterung, daß man in Frankfurt a. M. regelrechte Kriegszettel nach dem Muster der Sowjetrepublik erlassen hat. Die proletarischen Bruderschaften kennen nach den Artikeln auch sogenannte „Bruderschaften“, von deren Wirksamkeit man sich allerhand verspricht. Wir wollen zunächst den Artikel 2 der „Kriegszettel“ zitieren:

„Auf der Frankfurter Konferenz ist die Beschloßung worden. Dieser Bedanke der Bruderschaften muß in der Propagandawoche in den breiten Massen belebt werden, die vorgesehene Konferenzen sollen versuchen, sie in die Wirklichkeit umzusetzen.“

Die schließlichen Kommunisten nun haben sich die Mahnung so sehr zu Herzen genommen, daß sie den Worten auch die Tat folgen ließen. In Karbitz, Bezirk Breslau, sah man sich sofort nach „Brüdern“ um und fand sie in der Gestalt der — Nationalsozialisten! Entweder hat man ganz besonderes Vertrauen zu der proletarischen Einheitsfront dieser gelben Unternehmerrückzugstruppe, oder aber, was das Wahrscheinlichere ist, man sah in ihnen Gefinnungsverwandte. Das Schreiben lautet kurz und süß:

An die nationalsozialistische Partei Karbitz! Im Auftrage der Bezirksleitung machen wir Ihnen den Vorschlag, die diesjährige Maifeier einheitlich mit allen Arbeiterparteien durchzuführen und erlauben, falls Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, uns bis längstens Donnerstag, den 5. April, an untenstehende Adresse Bescheid zukommen zu lassen.

Wir glauben, für die Notwendigkeit der gemeinsamen Demonstration keine besondere Begründung anführen zu müssen, da dies die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von selbst begründen.

Einer jugendlichen Antwort entgegengehend, zeichnen mit proletarischem Gruß:

Für die Bezirksorganisation der kommunistischen Partei Karbitz:
gez. Pantierlischel, Obmann
gez. Anton Müller, Schriftführer.
Karbitz, den 25. März 1923.

„Proletarier aller Länder vereint Euch!“ Dieses Kampfsignal zum 1. Mai rüst also die Hakentreuzbanditen in die Arme des „fortgeschrittensten Teiles der deutschen Arbeiter-schaft“. Auf welcher Seite nun der Sinn für politische Reinlichkeit weiter entwickelt war, wollen wir nicht weiter entscheiden, wir wollen nur die Tatsache konstatieren, daß die Nationalsozialisten ablehnten, dem für sie „ehrenvollen“ Ruf Folge zu leisten. Die ungeheure Blamage für die kommunistische Arbeiter-schaft,

die in einem derartigen Schreiben der „Proletarischen Einheitsfront“ liegt, wird zwar die „Kriegszettel“ noch lange nicht töten, sie ist aber eine Schande für die Partei, die sich annimmt, die „Einheitsfront“ jeden Tag zu freffen, weil sie die Interessen des Proletariats beachtet.

Nach Erscheinen dieses Artikels hat die Bezirksleitung der kommunistischen Partei sofort Ermittlungen angeestellt und festgestellt, daß in Karbitz, Bez. Breslau, einen kleinen Ort, welcher nur 398 Einwohner zählt, weder eine kommunistische Ortsgruppe besteht noch Mitglieder der kommunistischen Partei überhaupt existieren. Der angebl. Obmann Pantierlischel sowie der angebl. Schriftführer Anton Müller existieren also nur in der Fantasie der SPD-Führer.

Charakteristisch bei diesem neuesten Fallmerberstück der SPD-Führer ist, daß dasselbe seinen Ausgangspunkt nicht von Schlefien, sondern von Bayern genommen hat. Der „Vollwacht“ für Oberpfalz und Niederbayern brachte nämlich vorgekommene Artikel bereits am 12. April, während ihn das „Vollwacht“ für Hindenburg erst am 18. April veröffentlichte. Die Redaktion der „Vollwacht“ für die Oberpfalz scheint also der Abteilung für Fälschungen der SPD näher zu stehen als die Redaktion des „Vollwacht“. Die „Breslauer Volksrecht“ hat sich bisher nie dieser neuesten menschenwürdigen Gemeinheitsnicht geschämt, und zwar nicht etwa aus angeborener Wahrheitsliebe oder Freundschaft zu uns, sondern weil ihr bekannt ist, daß die mit den schließlichen Verhältnissen vertrauten Arbeiter jenes Rundschreibens aus Karbitz sofort als gemeine Fälschung erkannt hätten. Wie plump die Fälscher vorgegangen sind, geht daraus hervor, daß in dem Schreiben von einer „Bezirksleitung“ die Rede ist. Eine „Bezirksleitung“ der kommunistischen Partei hat es niemals in Schlefien gegeben, sondern immer nur eine Bezirksleitung.

Wenn also der sozialdemokratische „Schwartzfink“ die Frage aufwirft, auf welcher Seite der Sinn für proletarische Reinheit weiter entwickelt war, ob auf Seiten der Nationalsozialisten oder der Kommunisten, so darüber wie die Frage dahin, auf welcher Seite größere Schanden sitzen, ob auf Seiten jener sozialdemokratischen Fälscher und Verleumder oder auf Seiten der Nationalsozialisten. Wir überlassen die Beantwortung dieser Frage allen anständigen Arbeitern, die sich durch die schmutzige Phantasie gewerbetreibender Verleumder noch nicht das Gehirn verleißen lassen. Wie tief sind die sozialdemokratischen Führer gesunken, wenn sie in Ermangelung sachlicher politischer Argumente gegen die SPD zu solch plumpen Fälschungen und niederträchtigen Verleumdungen greifen müssen.

Unsere Bezirksleitung hat jenen sozialdemokratischen Blättern, welche aus der sozialdemokratisch-bayerischen „Schwartzfink“, eine Berichtigung zugesandt, in der darauf hingewiesen wird, daß alle Angaben des Artikels von 1 bis 3 erlogen sind. Ob jene Blätter nun berichtigen werden oder nicht, sie sind gerichtet in den Augen der Klassenbewußten Arbeiterschaft!

Die Wirtschaftswelt.

Ein sozialer Roman von Jas London.

24] „Was Ihnen übrigbleibt“, unterbrach ihn Ernst, „würde das ungefähr soviel ausmachen, wie das Gehalt, das Sie als Geschäftsführer bekämen, wenn die Eisenbahn den Steinbruch besäße?“

„Genau so“, erwiderte Asmunsen. „Vor kurzem sah ich meine Bücher der letzten zehn Jahre durch. Ich fand, daß mein Gewinn in diesen zehn Jahren gerade so groß war wie das Gehalt eines Geschäftsführers. Die Eisenbahnverwaltung hätte gerade so gut Bestigert meinen Steinbruch sein können und mich als Leiter desselben angestellt haben.“

„Aber mit dem Amserschick“, lachte Ernst, „daß die Eisenbahnverwaltung das Risiko auf sich hätte nehmen müssen, das Sie ihr so zuvor kommend abnehmen?“

„Gehr richtig“, antwortete Asmunsen erregt.

Nachdem die Herren ausgesprochen hatten, warf Ernst Fragen nach rechts und links. Er begann mit Herrn Owen.

„Grüßeten Sie nicht vor etwa sechs Monaten hier in Besfeld ein Zwerggeschäft?“

„Ja“, antwortete Herr Owen.

„Und seitdem haben, wie ich bemerkte, drei kleine Spejereije die ihre Niden geschlossen. War Ihre Fikale daran schuld?“

Herr Owen bejahte mit selbstgefälligen Pächern. Sie hatten keine Chancen gegen uns.“

„Warum nicht?“

„Wir hatten mehr Kapital. Das große Geschäft hat stets kleinere Betriebskosten und größere Leistungsfähigkeit.“

„Und ihre Fikale lag die Gewinne der drei kleinen Geschäfte auf. Ich verstehe. Aber lagen Sie mir, was ist aus den Inhabern der drei Geschäfte geworden?“

„Einer von ihnen sieht für uns einen Vorkantwagen. Von den beiden anderen weiß ich nichts.“

Ernst wandte sich plötzlich an Herrn Kohn:

„Sie verkaufen sehr viel zu herabgesetzten Preisen. Was ist aus den kleinen Drogisten geworden, die Sie an die Wand gedrückt haben?“

„Einer von ihnen hat jetzt die Aufsicht über unsere Arzneiabteilung“, war die Antwort.

„Und lauzer die Gewinne auf die diese kleineren Geschäfte sonst machten?“

„Gewiss. Dafür sind wir Geschäftsleute.“

„Und Sie?“ Ernst wandte sich an Herrn Asmunsen. „Sie sind erstickt, weil die Eisenbahn Ihre Gewinne ausgefressen hat?“

Herr Asmunsen nickte zustimmend.

„Sie wünschen die Profite selbst zu machen?“

Herr Asmunsen nickte wieder.

„Vor Anderen?“

Keine Antwort.

„Vor Anderen?“ Ernst brach darauf.

„So werden die Gewinne gemacht“, erwiderte Herr Asmunsen kurz.

„Dann haben Sie als Geschäftsmann die Absicht, von Anderen zu profitieren, die Anderen aber zu verhindern, aus Ihnen Profit zu ziehen. So ist es doch, nicht wahr?“

Ernst mußte seine Frage wiederholen, bevor Herr Asmunsen Antwort gab. Dann sagte dieser:

„Ja, so ist es. Nur erheben wir keinen Einspruch, wenn auch die Amserschick machen, so lang diese Gewinne nicht übermäßig sind.“

„Mit übermäßig meine Sie groß; aber Sie haben nichts dagegen, daß Sie selbst große Profite machen? Eifer nicht?“

Und Herr Asmunsen gelang freundlich diese Schritte ein.

Nach ein anderer der Anwesenden, ein Herr Galvin, wurde in diesen Zusammenhang von Ernst angesetzt. Er war einstmalig Besitzer einer großen Molkerei.

„Vor einiger Zeit besaßen Sie den Milchtruff“, lachte Ernst zu ihm, „und jetzt treiben Sie Politik. Wie kommt das?“

„Oh, ich habe den Kampf nicht aufgegeben“, gab Herr Galvin zur Antwort und er sah freudig genug drein. „Ich bekämpfe den Truff auf den einen oder anderen Feld, auf dem er be-

Ich will es Ihnen erklären. Vor einigen Jahren hatten wir Molkereibesitzer völlig freie Hand.“

„Aber Sie machten einander selbst Konkurrenz?“ unterbrach Ernst.

„Natürlich und das hielt die Preise niedrig. Wir machten Versuche, uns zu organisieren, aber unabhängige Molkereibesitzer durchbrachen den Rang. Dann kam der Milchtruff.“

„Von dem überschüssigen Gewinn des Standard Oil finanziert“, sagte Ernst.

„Warum sollte er das nicht, bei seiner glänzenden Organisation und mit den neuen Maschinen, die ihm vermöge seines großen Kapitals zugänglich sind?“

„Das ist ohne Frage“, erwiderte Ernst. „Er sollte es sicherlich, und noch mehr, er tut es.“

Hier holte Herr Galvin zu einem politischen Gespräch aus und setzte seine Ansichten auseinander. Ein Teil der Anwesenden sollte ihm warmen Beifall, und der Rest aller ging dahin, daß die Truff vernichtet werden müßten.

„Armes, törichtes Volk“, sagte Ernst leise zu mir. „Sie sehen klar, so weit sie sehen, aber sie sehen nur bis zu ihrer Nasenspitze.“

„Etwas später hatte er wieder das Wort und behielt es in seiner charakteristischen Weise für den Rest des Abends.“

„Ich habe Ihnen allen aufmerksam zugehört“, begann er, „und ich lese deutlich, daß Sie was das Geschäft angeht von ihrem Recht durchdrungen sind. Das Leben summiert sich bei Ihnen zu Profiten. Sie haben den festen und standhaften Glauben, daß Sie nur zu dem Zweck, Gewinne zu machen, erschaffen wurden. Aber da ist ein Haken. Mitten in Ihrem Geldverdienen tritt der Truff auf den Plan und nimmt Ihnen Ihre Gewinne weg. Das ist das Dilemma, das irgendeine dem Gedanken der Schöpfung widerspricht und so erzieht Ihnen als einziger Ausweg, den zu vernichten, der Ihnen Ihre Profite wegknabpft.“

„Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört, und es gibt nur einen Namen, der kurz und bezeichnend für Sie ist. Ich will Ihnen diesen Namen nennen. Sie sind Milchmehrfürmer. Wissen Sie, was ein Milchmehrfürmer ist?“

Im achtzehnten Jahrhundert webten in England Männer und Frauen in ihren eigenen Häusern Stoffe auf Handwebstühlen. Dieses System der Heimarbeit war eine langsame, schwerfällige und kostspielige Sache. Dann kam die Dampfmaschine und mit ihr die Arbeitsparten. Tausend Webstühle wurden in einer großen Fabrik aufgestellt und von einer Zentraldampfmaschine in Gang gesetzt. So konnte der Stoff viel billiger hergestellt werden, als von den Heimwebern auf ihren Handwebstühlen. Die Fabrik war im Produktionsprozess überlegen, und die Konkurrenz schied dadurch aus. Die Männer und Frauen, die ihre Handweberei für eigene Rechnung betrieben hatten, mußten nunmehr in die Fabriken gehen und an den Maschinenwebstühlen arbeiten und zwar zum Nutzen der Kapitalisten. Noch mehr, es arbeiteten auch kleine Kinder in diesen Fabriken bei niedrigeren Löhnen und erlitten viele Mähen. Dadurch kamen bittere Zeiten für diese Arbeitslosen. Ihre Lebenshaltung wurde schlechter. Sie hungerten. Und sie sagten, daß an allem die Maschinen schuld seien. Deshalb fingen sie an, die Maschinen zu stürzen oder zu zerstören, sie zu zerstören. Sie hatten kein Glück damit; ihre Einfalt hielt die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf.

Sie haben noch nichts von ihnen geleert. Jetzt versuchen Sie, anderthalb Jahrhunderte später, ebenfalls die Maschinen zu stürzen. Nach ihrer eigenen Aussage arbeiten die Truffmaschinen schneller und billiger, als Sie es können. Deshalb können Sie mit ihnen nicht konkurrieren. Und nun möchten Sie diese überlegenen Maschinen stürzen. Sie sind nur noch unwissender als jene naiven Arbeiter damals in England. Und während Sie von der Wiederherstellung des freien Wettbewerbes reden, fahren die Truff fort, Sie zu erstickten.

Sie erzählen alle die gleiche Geschichte — daß Verächtern des freien Wettbewerbes und das Aufkommen der Truff. Sie, Herr Owen, vernichten den freien Wettbewerb hier in Besfeld, als Ihre Fikale die drei kleinen Spejereije überhand aus Ihren Weben vertrieb.

Die Handelskassensarbeiter in Breslau vor dem Abwehrkampf.

Die Unternehmern wollen Hungerlöhne zahlen. Von Tag zu Tag werden die Unternehmern in Breslau herausfordernder. Sie wollen nicht nur die Gehälter der Kassensarbeiter, sondern auch die Löhne der Handelskassensarbeiter um 30 Prozent ablassen. Die Kassensarbeiter sind nach der neuen Regelung sogar um 50 Prozent schlechter gestellt als bisher.

In diesem unbeschriebenen Ansehen der Breslauer Kassensarbeiter haben sie sich eben eine beispiellose Verarmung bei den Handelskassensarbeitern herbeigeführt. Sie haben einmütig die Vorschläge der Unternehmern ab und erklärte sich für den Kampf.

Wir werden morgen über die Verarmung ausführlich berichten.

Weibliche Soldaten in Polen.

Warschau, 17. April. Die Militärkommission des Sejm beriet den Gesetzentwurf betreffend die Militärdienstpflicht. Ein Antrag wurde angenommen, demzufolge die Dienstzeit auf 1 1/2 Jahre festgesetzt wird.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, welcher die Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren zum militärischen Hilfsdienst verpflichtet. Der polnische Militarismus macht verwerfliche Anstrengungen, der russischen Roten Armee an Macht gleichzukommen, um so die Rätenherrschaft gegen Russland zu erfüllen, für die es von Frankreich ausgeht. Denn solange die russische Rätenmacht besteht, können die Imperialisten nicht ruhig schlafen. Sie werden sich aber verrechnen. Gemeinsam mit der Roten Armee macht das revolutionäre internationale Proletariat über Sowjet-Russland.

Vorbereitung eines Kommunistengesetzes in Polen.

Warschau, 17. April. Polnische Zeitungsagenturen. Der Minister des Innern hat dem Sejm eine Vorlage über ein Kommunistengesetz unterbreitet.

Solche Gesetze schafft die Bourgeoisie natürlich mit gegen das revolutionäre Proletariat, gegen die Kommunisten. In Polen, wo die Arbeiterschaft ohnehin schon unter dem weißen Terror zu leiden hat, dürfte dieses Gesetz eine große Unterdrückungskampagne gegen das Proletariat mit sich bringen.

Auch in Bulgarien ein Kommunistengesetz.

Sofia, 17. April. Bulgariens Zeitungsagenturen. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, der sie zur Enteignung von Kommunisten gehörenden Gütern ermächtigt. In dem Gesetzentwurf heißt es: In

jedem vom Anhänger der kommunistischen Ideen abhängenden Dorfe sollen die Häuser und Ländereien enteignet werden. Oertliche Räte, zu denen Vertreter der Kommunal- und Reglementarbehörden sowie drei von den Kommunisten ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts gewählte Mitglieder gehören sollen, werden mit der Verwaltung der nach russischem Muster organisierten Kommunen betraut werden. Auf Übertragungen der Anordnungen der Räte steht Todesstrafe. Der Gesetzentwurf wird der neuen Kammer vorgelegt werden.

Dieses Gesetz der bulgarischen Regierung hat mehrfache Bedeutung. Die hauptsächlichsten Gründe dafür sind die internationalen Kapitalisten, die damit einen Schlag gegen Sowjet-Russland führen wollen. In 5 Jahren weltweitem Angriff ist es ihnen nicht gelungen, die Rote Armee zu schlagen. Nun versuchen sie es damit, daß sie gegen die Anhänger der ersten Arbeiterrepublik in den einzelnen kapitalistischen Ländern vorgehen. Ihr Ziel würde die internationale Konturrevolution damit nicht erreichen. Denn mehr als Sowjet-Russland ist die kapitalistische Ausbeutung die Quelle, welche der kommunistischen Internationalen immer neue Massen zuführt. Und der Kampf der Unterdrückten gegen diese Ausbeutung ist die Ursache.

Sowjet-Rußland, des internationalen Kapitals gegen Sowjet-Rußland, dieser Kampf wird aber durch das Gesetz in Bulgarien zweifelsohne verstärkt.

Das Gesetz stellt eben vor allem einen Angriff auf die KP Bulgariens dar. Unsere Partei ist in Bulgarien sehr stark und sehr sehr mächtig. Die bulgarischen Verhältnisse aus großen Teilen der Bürgerschaft zusammen. Mit größtem Raffinement glaubt die Konturrevolution das in obiger Weise ausführen zu können. Von der inneren Festigkeit unserer bulgarischen Arbeiterpartei wird es abhängen, ob dieser Angriff siegreich zurückgeschlagen werden kann.

In den Anschuldigungen des Max Gruschwitz gegen den Genossen Ranski.

hat auf Wunsch und Antrag des Genossen Ranski am Sonntag, den 15. April, ein Schiedsgericht Stellung genommen. Das Schiedsgericht hat, wie aus nachstehendem Schiedsspruch hervorgeht, ein für allemal die Überzeugung gewonnen, daß die Anschuldigungen des Gruschwitz gegen den Genossen Ranski vollkommen unbegründet und demnach nur böswillige und rachsüchtige Verleumdungen sind.

Schiedspruch in Sachen Ranski.

Das unterzeichnete Schiedsgericht hat die Anschuldigungen des Max Gruschwitz, Breslau, gegen den Genossen Theodor Ranski, Breslau, eingehend untersucht und folgenden Spruch gefällt:

1. Es steht fest, daß der Genosse Ranski mit der damaligen Zentrale der KPD über die von der Zentrale der KPD erhaltenen Summen vollständig abgerechnet hat. Die Gleimwitzer Genossen Behr, Gruschwitz, Jadaß und Schmidt, ehemalige Mitglieder der Zentrale der KPD, wurden teils persönlich vernommen, teils gaben sie schriftliche Erklärungen ab, die vollständig

übereinstimmen. Aus diesen Erklärungen geht hervor, daß Genosse Ranski über alle verausgabten Beträge Quittungen erbracht hat bis auf den Betrag von 2 bis 800 Mk. Auch bei diesem Betrag wurde durch Zeugen der Nachweis erbracht, daß der Genosse Ranski diese Summe nicht für persönliche Ausgaben verwendete, sondern infolge seiner Tätigkeit ausgeben mußte. Infolge der illegalen Verhältnisse, in die Genosse Ranski durch die Verfolgung des Freikorps Oberland gezwungen wurde, konnten für den genannten Betrag Belege nicht erbracht werden. Die Gesamtabrechnung erfolgte sofort nach Rückkehr des Genossen Ranski nach Gleiwitz im Juni 1921.

Die erneute Nachprüfung hat kein anderes Resultat ergeben. Es wurde weiter festgestellt, daß gefälschte Quittungen vom Genossen Ranski nicht ausgestellt worden sind. Das Schiedsgericht prüfte weiter die persönlichen Ausgaben des Genossen Ranski während der fraglichen Zeit und stellte fest, daß diese nicht das übliche Maß der persönlichen Ausgaben überschritten haben.

Wetter wurden die von Wolf Roth unterzeichneten 20000 Mark einwandfrei nachgewiesen. Eine Verschuldung trifft in diesem Falle den Genossen Ranski nicht.

Die Anschuldigungen von Max Gruschwitz, Breslau, gegen den Genossen Ranski sind demnach nur böswillige und rachsüchtige Verleumdungen.

Breslau, den 15. April 1922.

Das Schiedsgericht:
Felix Schmidt, Vorsitzender
Richard Schulz, Dittersbach, Beisitzer
Hermann Amann, Breslau, Beisitzer
Alfred Hamann, Breslau, Beisitzer
Arthur Dombrowski, Breslau, Beisitzer

Sozialdemokrat Grünher, der Berliner Bürgermeister und die Breslauer „Volkswacht“.

Der Oberbürgermeister von Berlin hat an den Regierungspräsidenten Grünher des Regierungsbezirks Düsseldorf, zurzeit Darmen, folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe das gefällige Schreiben vom 19. April über die den Ruhrgebietflüchtlingen angeblich in Berlin bereiteten Schwierigkeiten erhalten und muß mit Bedauern feststellen, daß anscheinend übersehen worden ist, diesem Schreiben irgend welches Material beizufügen, an Hand dessen den Verleumdungen auf den Grund gegangen werden kann. Mit Bedauern habe ich erfahren, daß dieses Schreiben, in dem nur allgemeine und unbestimmte Angaben enthalten sind, der gesamten Berliner Presse von Ihnen zugestellt worden ist. Ich muß mich mit Entschiedenheit gegen diese Verunglimpfung der Stadt Berlin verwahren und darf nunmehr dringend bitten, daß Sie unverzüglich die einzelnen Ihnen bekannt gewordenen Beschwerdefälle mitteilen. Sie wollen versichert sein, daß der Magistrat auf das Entschiedenste für die Ruhrflüchtlinge eingetreten ist und weiter eintreten wird. Ich kann aber nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die Räte der überfüllten Herkunftsstädte Verhältnisse geschaffen haben, welche für die Unterbringung der Ruhrflüchtlinge allerdings nicht günstige Verhältnisse bedeuten.

Die Arbeiterschaft hat wenig Interesse an solch häuslichem Streit der Bourgeoisie. Für sie ist nur eine Tatsache bemerkenswert: Die „Volkswacht“ bringt die obige Notiz unter der Überschrift: „Eine Mißgabe Grünher“. Hat der „Volkswacht“-Redakteur im Schlafe verlesen, daß Grünher kein Parteigenosse ist, oder ist die „Volkswacht“ inzwischen so nationalistisch geworden, daß ihr Grünher nicht mehr national genug ist?

Vom Tage.

Ein Eisenbahnunfall infolge Regen. W.E.B. London, 17. April. Die Times meldet aus Zagreb: Ein aus Passagier- und Güterwagen zusammengesetzter Zug, der Donnerstagabend Zagreb verließ, geriet am Sonnabend morgen 80 Kilometer nördlich von Zagreb in einen heftigen Regensturm. Eine Eisenbahnbrücke stürzte ein, als der erste Teil des Zuges bereits darüber weg war. 20 Passagier- und Güterwagen wurden vernichtet. Eine Anzahl von eingekerkerten Soldaten wurde verwundet, mehrere sind getötet. Von den übrigen Passagieren wurden sechs verwundet.

Bestohlenen Konsulat. W.E.B. Warschau, 16. April. Einbrecher erbeuteten in den Räumen des schwedischen Konsulats 17 Millionen polnische Mark und 400 Schweizer Franken.

Kurze Meldungen.

Mussolini gründet eine neue „Volkspartei“. W.E.B. Rom, 16. April. Infolge des Verkaufes des Kongresses der Volkspartei in Turin, der sich gegen eine bedingungslose Zusammenarbeit mit der Regierung und Mussolini ausgesprochen hat, steht die Errichtung einer neuen Partei bevor, welche sich nationale Volkspartei nennen wird. Die neue Partei wird also die bisherigen Mitglieder der alten Volkspartei aufnehmen, welche Mussolini bei seinem Wiederaufbauwerk unterstützen wollen. — Mussolini weiß sich zu helfen. Wenn ihm eine Partei die Unterstützung verweigert, gründet er eine neue.

In Österreich wird gekämpft. W.E.B. Wien, 16. April. Corr-Büro. Mit Rücksicht auf die aus Erparungsgründen beschlossene Auflösung mehrerer Ministerien gab heute die Bundesregierung ihre Demission, welcher demnach nur formale Bedeutung zukommt. Der Bundespräsident betraute den Bundeskanzler, den Bizekanzler sowie die übrigen Minister, soweit nicht die von Vetterem bisher geleiteten Bundesministerien gemäß der erwähnten Erparungsmaßnahme als selbständige Ministerien zu bestehen aufgehört haben, mit der vorläufigen Fortführung ihrer Ämter. Bereits in der morgigen Sitzung des Nationalrates soll jedoch die Neuwahl des Ministeriums vorgenommen werden. — Ein Beispiel, das auch in Deutschland angebracht wäre. — Inzwischen ist der alte Bundeskanzler gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wieder mit der Bildung der Bundesregierung betraut worden.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Garsch; für den Inseratenteil: Max Böhmer; Motationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesia e. G. m. b. H., Jankow in Breslau.

Berichtungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 30 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Zeitungsstr. 50, Tel. Ring 8897, Dr. Fritz Altr. Debus, Breslau, Zeitungsstr. 50.

17. April, Freitag, 20. April, abends 6 Uhr, wichtige Ortsleitungssitzung in Petruskirche. Rein Christen-tumsgeistes hat: keine. Die Bezirksleitung ist dazu eingeladen.

Freitag, den 21. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Samstag, den 22. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Sonntag, den 23. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Montag, den 24. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Dienstag, den 25. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Donnerstag, den 27. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Freitag, den 28. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Sonntag, den 29. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Montag, den 30. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Bezirksleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Gewerkschaften

Breslau, Abteilung Kommunistische Parteiführer. Freitag, 20. April, Sonntag, 22. April, abends 7 Uhr, wichtige Zusammenkunft im Parteibüro, Petruskirche.

Andere Organisationen

Peterswalden, Freireisende Gewerkschaften-Stellenleiter. Sonntag, den 21. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Zusammenkunft im Parteibüro, Petruskirche.

Achtung Genossen!

Verkauf neuer Stiefel und Schuhschuhe Kupczak Sadowastr. 14, III.

Vorteilhaftes Angebot!

Wir haben von unserer letzten Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ eine Anzahl Exemplare Sichel und Hammer übrig behalten und geben diese an unsere Genossen ab, solange der Vorrat reicht, zum Ausnahmepreis von 200.— Mk. statt 300.— pro Exemplar.

Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesia

Abteil. Buchhandlung Breslau, Nikolajstr. 49/50.

Der Banterott Deutschlands!

180 Seiten stark. Preis brosch. 2000 Mk. Deutschland — eine Kolonie? von Dr. Eugen Fabelinski. Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor: 1. Welche Kolonie soll Deutschland werden? 2. Die politische Wirtschaftsbilanz Deutschlands. 3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit. 4. Die Reparationsfrage. 5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands. 6. Wirtschaftliche Fragen. 90 Seiten stark. Preis 1200 Mk.

Die Not der Proletariatskinder

Herausgegeben von Franz Reichheld, Leiter der KPD. 20 Seiten stark. Preis 150 Mk. Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesia e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolajstr. 49/50. Abteilung Buchhandlung.

Die allerbilligsten Anzüge

Je dem vorwärtsstrebenden Arbeiter sind die Ankündigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen. Herrmann Partatze, Nikolajstr. 48, 3. Haus vom Königsplatz.

Goeben neu erschienen:

Spitzel. Aus dem Sumpf der politischen Pollizei. Broschiert, 61 Seiten stark, Preis 2100 Mk. Das zukünftige Petrograd. Von G. Zyperowitsch. Broschiert, 137 Seiten stark, Preis 2100 Mk. Theorie des historischen Materialismus. Von L. Bucharin. Broschiert, 372 Seiten stark, Pr. 13 000 Mk.

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesia

Breslau, Nikolajstr. 49/50. Abteilung Buchhandlung.

Hast Du schon das Kommunistische Einmaleins gekauft?

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesia e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolajstr. 49/50. Abteilung Buchhandlung.

KJD

Breslau, Sonntag, den 21. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Petruskirche, wichtige Ortsleitungssitzung. Rein Mitglied darf fehlen.

Handwagen

etwa 8 bis 10 Zentner Tragkraft — sofort zu kaufen gesucht. Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesia, Breslau, Zeitungsstr. 50.

Zagie

die höchst. Tagespreise. Genosse Kranke, Reuschstr. 31.